perspectives POLITISCHE ANALYSEN UND KOM

Ausgabe 3

ASIEN



Diese Ausgabe von **Perspectives Asien** erscheint in enger Zusammenarbei mit den Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Asien.



Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90 / Die Grünen nahe. Sie hat ihren Hauptsitz in Berlin und unterhält derze 31 Büros weltweit. Die Arbeit der Stiftung in Asien konzentriert sich auf die Förderung von Zivilgesellschaft und Demokratie, auf soziale Teilhabe für alle und auf Gerechtigkeit. Gemeinsam mit ihren vielen Partnerinnen und Partnern setzt sich die Stiftung für die Vermeidung und friedliche Beilegung von Konflikten ein; darüber hinaus sucht sie nach Wegen aus der Umweltzerstörung und dem Raubbau globaler Ressourcen. Um diese Ziele zu erreichen, bemüht sich die Stiftung um die intensive Vermittlung von Wissen und Verständnis zwischen den Akteurinnen und Akteuren in Europa und Asien; dazu gehört auch die Förderung internationaler

Titelbild An einem Busbahnhof in Yangon, Myanmar © Julien Chatelin / laif

Inhalt

Vorwo

- 4 Rücküberweisungen in US-Dollar im Jahr 2012
- **6** Wege aus der Unsicherheit In Bangladesch entsteht eine neue Kultur der Mobilität Saleemul Hug und Stephanie Andrei
- 11 Bräute für Indiens Norden Über Heiratsmigration und Frauenmangel Interview von Caroline Bertram mit der Soziologin Ravinder Kaur
- Sehnsucht nach einem besseren Leben Migration der Chin nach Malaysia und Indien Khen Suan Khai
- Schlecht bezahlt und ohne Rechte Wanderarbeiter in der thailändischen Fischereiindustrie Supang Chantavanich und Samarn Laodumrongchai
- **27** Drei Jahre auf hoher See Der Fall Prum Vannak Manfred Hornung
- **6** Zweihundertsechzig Millionen Vom Leben chinesischer Wanderarbeiter/innen
- «Außer der Arbeit gibt's nur eins: Schlafen» Interview mit Dong Jianzhuang
- 43 «Rückblickend war das alles umsonst» Interview mit Wei Chen
- 45 «Egal wie, ich möchte nur ein bisschen Geld für meine Kinder verdienen» Interview mit Xiao Zhang
- Heimkehr mit ideologischem Gepäck Arbeitsmigranten aus den Golfstaaten Imtiaz Gul
- Jugend in unruhigen Zeiten Emigration als Strategie der Jungen und Rastlosen Susanne Schmeidl

Asien, der bevölkerungsreichste Kontinent, verändert sich schon seit einiger Zeit in dramatischer Weise. Durch den Ausbau von Infrastruktur und Kommunikationsmedien haben große Teile der Bevölkerung heute erstmals Zugang zu Informationen und Wissen und die Möglichkeit zu Mobilität. Doch die Folgen von Wirtschaftswachstum und Globalisierung machen sich auch negativ bemerkbar. Industrialisierung und Klimawandel führen zum Verlust von Land und Anbauflächen. Vor allem Menschen in ländlichen Gebieten verlieren ihre Lebensgrundlage und sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Nicht zuletzt führen gewaltsame Konflikte zu Flucht und Vertreibung und tragen zu großen Migrationsbewegungen innerhalb Asiens und zwischen den Kontinenten bei.

Wie gewaltig diese Migrationsströme sind, verdeutlicht die Grafik auf dem Umschlag dieser Publikation. Wer sie einen Moment betrachtet, wird erkennen, dass sich die stärksten Ströme zum Persischen Golf bewegen - weil eines der wichtigsten Motive der Migration in Asien die Suche nach besser entlohnter Arbeit ist. Menschen aus Bangladesch, Indien und Pakistan oder von den Philippinen nehmen die oft miserablen Arbeitsbedingungen und die lange Trennung von ihren Angehörigen in Kauf, um Geld an ihre Familien zu schicken. Es sind gewaltige, Jahr für Jahr wachsende Summen, die in Asiens ärmste Länder zurückfließen. Für die volkswirtschaftliche Bilanz dieser Staaten sind sie zum Teil ebenso wichtig wie die Exporte. Im Jahr 2014 berichtete die Weltbank, dass die Rücküberweisungen, auch «remittances» genannt, noch im Oktober weltweit um fünf Prozent auf 582 Milliarden US-Dollar angewachsen sind.

In Bangladesch ist der Klimawandel einer der wichtigsten Motoren der Migration. Der Meeresspiegel steigt, schwere Wirbelstürme nehmen zu. Beides bedroht unmittelbar die südlichen Regionen des Landes. Saleemul Huq und Stephanie Andrei schildern die Folgen dieser existenziellen Unsicherheit: Menschen wandern in Gebiete ab, die weniger stark von Wetterextremen betroffen sind. In der Regel ist entweder eines der Nachbarländer oder die ausufernde Hauptstadt Dhaka ihr Ziel. Ohne eine umfassende Strategie der Regierung für den Umgang mit den Folgen des Klimawandels wird sich daran nichts ändern.

Migration überwindet Grenzen – und kann auch starre Traditionen aufbrechen. In einigen Regionen Indiens ist wegen der Diskriminierung weiblicher Nachkommen ein deutlicher Männerüberschuss entstanden. Daher werden Bräute in weit entfernten Bundesstaaten angeworben. Die indische Soziologieprofessorin Ravinder Kaur erklärt im Gespräch mit Caroline Bertram, dies sei ein Zeichen gesellschaftlichen Wandels, der viele rigide Vorschriften der Eheschließung in Indien aufweiche. Das ändere allerdings leider nichts am generellen Mangel staatlicher Unterstützung für Indiens Frauen.

Khen Suan Khai ist Angehöriger der Minderheit der Chin in Myanmar. Er bezeichnet die Diskriminierung der ethnischen Minderheiten in Myanmar als «strukturelle Gewalt», vor der viele Chin bis heute nach Thailand und Malaysia flüchten. Seit 2010 hat sich Myanmar auf überraschende Weise zu demokratisieren begonnen, aber bis zu einem friedlichen Ausgleich zwischen den Volksgruppen und ihrer Gleichberechtigung in Selbstbestimmung – er bezeichnet das als «positiven Frieden» – sei es noch ein weiter Weg.

Migranten springen dort ein, wo lokale Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen oder nicht bereit sind, die oft schlechten Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. So in der thailändischen Hochseefischerei, einem der wichtigsten Exportzweige des südostasiatischen Landes, dessen Produkte sich auch in unseren Fischtheken finden. Auf den Trawlern im offenen Meer werden Menschen aus den Nachbarländern Kambodscha und Myanmar ausgebeutet. Als Opfer von Menschenhändlern werden sie zu modernen Sklaven der Fischereiindustrie. Der Kambodschaner Prum Vannak hat seine unglaubliche Leidensgeschichte in Bildern dokumentiert – seine Zeichnungen zeigen wir in diesem Heft. Die Wissenschaftlerinnen Supang Chantavanich und Samarn Laodumrongchai wiederum erläutern die Hintergründe der Arbeitsbedingungen in der thailändischen Fischereiindustrie.

Nicht immer überschreiten Migrant/innen auf Arbeitssuche die Grenzen ihres Heimatlandes. In China haben mehr als 260 Millionen Wanderarbeiter/innen, die vom Land in die Städte ziehen, das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre mit ermöglicht. Sie genießen trotz vorsichtiger Reformschritte dennoch nicht dieselben Privilegien wie die offiziell registrierten Stadtbewohner und bleiben daher von vielen öffentlichen und sozialen Leistungen ausgeschlossen. Drei Betroffene schildern in Interviews ihre Erfahrungen als Arbeitsmigrant/innen in China.

Wie verändert die Erfahrung der Migration das Denken derer, die in ihre Heimat zurückkehren? Dazu äußert sich der pakistanische Journalist Imtiaz Gul und nimmt insbesondere Bezug darauf, wie pakistanische Arbeitsmigranten von ihren Aufenthalten in Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten religiös radikalisiert zurückkehren. Der Wahhabismus saudischer Prägung, eine rigide Interpretation des Islam, ist nun auch in dem lange Zeit

vom Sufismus geprägten Pakistan auf dem Vormarsch. Mitgebracht haben ihn die Arbeitsmigranten. Aber auch wahhabitische Prediger in Moscheen und Religionsschulen, deren Betrieb mit Millionen Dollar Spendengeldern vom Golf finanziert wird, sind für diese Entwicklung verantwortlich.

Im Nachbarland Afghanistan ist die Erfahrung von Krieg, Vertreibung und Flucht seit über dreißig Jahren im kollektiven Bewusstsein verankert. Das Land hat auch jetzt noch keinen Frieden gefunden, doch die internationalen Truppen ziehen ab. Susanne Schmeidl veranschaulicht, wie Afghan/innen heute ihre Optionen prüfen, falls sie erneut ihre Heimat verlassen müssen.

Die Artikel in diesem Heft bieten nur einen kleinen Einblick in die vielfältigen Formen der Migration in Asien, die Hunderte Millionen Menschen betreffen. Neben der neuen Freiheit und Mobilität, die viele Menschen in Asien erfahren, sind es vor allem Armut, Konflikte und Umweltprobleme, die sie aus ihrer Heimat vertreiben und die Gesellschaften Asiens vor große Herausforderungen stellen. Die globale Dimension des Problems ist offensichtlich, etwa wenn Menschen in den Fabriken Arbeit suchen, die Billigprodukte für unsere Märkte im Westen herstellen. Die humanitäre Verantwortung für Flüchtlinge und die Folgen für die politische und gesellschaftliche Stabilität in den Ursprungs- und Zielländern betreffen auch uns in Europa. Während Europa heute vor allem über seine Verantwortung gegenüber Flüchtlingen aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten diskutiert und nach einer politischen Positionierung sucht, wollen wir auf die Entwicklungen in Asien aufmerksam machen, um die globale Dimension des Phänomens Migration in Erinnerung zu rufen.

Katrin Altmeyer und Ella Soesanto

Asienreferat der Heinrich-Böll-Stiftung

6 Bangladesch Wege aus der Unsicherheit Wege aus der Unsicherheit Bangladesch 7

Wege aus der Unsicherheit

In Bangladesch entsteht eine neue Kultur der Mobilität

Saleemul Hug und Stephanie Andrei

Bangladesch ist eines der Länder, das vom Anstieg des Meeresspiegels durch den Klimawandel am stärksten betroffen ist. Der steigende Meeresspiegel und die immer häufiger auftretenden extremen Wetterereignisse zwingen Millionen von Menschen, an sicherere Orte - meist im Landesinneren umzuziehen. Doch Migration ist nicht nur klimabedingt, sie ist auch kurzfristig notwendig zur Einkommenssicherung. Diese neue «Kultur der Mobilität» könnte für die Regierung eine Chance sein, um Bangladesch an den Klimawandel anzupassen. In der Tat hat sie erste Anstrengungen unternommen, allerdings ist eine umfassende Strategie, die auch Migration als Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel einbezieht, kaum zu erkennen.

Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass die globale Erwärmung bestehende Umweltgefahren und soziale Unterschiede verschärft - insbesondere in den Entwicklungsländern. Mag der Klimawandel auch ein globales Problem sein, das globalen Zusammenhalt erfordert, seine Auswirkungen sind lokal und alle Maßnahmen müssen auf die jeweils betroffene Bevölkerung zugeschnitten sein. Um Einkommensverluste und Schäden durch negative Folgen des Klimawandels auszugleichen, entscheiden sich viele Familien für Migration. Dies gilt insbesondere für Länder wie Bangladesch, wo der Anstieg des Meeresspiegels, wo Versalzung, Überschwemmungen und extreme Wetterereignisse die Einkommenssicherung immer wieder gefährden. Schätzungen zufolge wird ein Anstieg des Meeresspiegels

um 45 cm 15668 km² Land zerstören und 5,5 Millionen Menschen betreffen (Poncelet 2010). Wann das passieren wird und mit welchen Folgen, ist noch nicht abzusehen. Fachleute rechnen damit aber bis zum Jahr 2050. Die Migrationsströme werden sich auf jeden Fall verstärken, aber noch ist nicht klar, ob sie freiwillig oder gezwungenermaßen erfolgen werden.

Unerwartete Ereignisse wie Zyklone oder Sturmfluten, die im Zuge des Klimawandels häufiger und heftiger ausfallen werden, können Migration erzwingen. Sie stellen die Fähigkeit von Gemeinschaften auf die Probe, ohne oder mit wenig Vorbereitung zu reagieren. Fehlen geeignete Schutzmaßnahmen, müssen Familien häufig fliehen. Auch wenn Maßnahmen zur Anpassung nicht greifen, kann Migration unausweichlich werden.

Anders die freiwillige Migration: Sie kann saisonal oder kurzzeitig erfolgen. Im Allgemeinen geht ihr ein Entscheidungsprozess voraus. Die Optionen und die erforderlichen Investitionen der Familie werden gegeneinander abgewogen. Die freiwillige Migration erfordert Planung und ist adaptiv in dem Sinne, dass sie den Familien eine zusätzliche Einkommensquelle eröffnet.

Migration: Trends und Muster

Es gibt viele Gründe für Migration. Auch für die Bevölkerung von Bangladesch - rund 155 Millionen Menschen - kann kein allgemeingültiger Migrationsgrund genannt werden. In den vergangenen Jahrzehnten konnten dort mehrere Formen der Migration beobachtet werden: saisonal und permanent,

freiwillig und erzwungen, Arbeits- und irreguläre Migration sowie Binnen- und grenzüberschreitende Migration. Auch wenn diese Formen der Migration nicht immer klar voneinander getrennt werden können, erfolgte der Großteil der Migrationsbewegungen innerhalb des Landes in städtische Gebiete, in erster Linie in die Hauptstadt Dhaka. In den meisten Fällen ist Migration eine Strategie der Familien, ihre Einkommensquellen zu diversifizieren bzw. das Einkommen zu steigern (de Haan et al. 2000).

> Dhaka ist die weltweit am schnellsten wachsende Megacity. Gut zehn Prozent der Bevölkerung von Bangladesch leben in der Hauptstadt (UNSTATS 2013). Die Migration in städtische Gebiete wird so lange anhalten, wie Wetterextreme Druck auf die Bauern in den ländlichen Regionen ausüben. Während das Bevölkerungswachstum insgesamt bei ca. 1,3 Prozent liegt, ist es in den urbanen Regionen mittlerweile fast dreimal so hoch. Migration erfolgt im Allgemeinen aus einer Kombination aus sogenannten «Push»-Faktoren wie Konflikte, Naturkatastrophen, schwindende Ressourcen und sogenannten «Pull»-Faktoren wie Arbeit und familiäre Beziehungen. Mit dem Wirtschaftswachstum werden auch die ökonomischen Pull-Faktoren stärker, die die Menschen in die Städte und ins Ausland ziehen

Klimawandel und Migration

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) definiert umweltinduzierte Migration als die Migration von «Personen oder Gruppen, die aus überzeugenden Gründen aufgrund plötzlicher oder gradueller Veränderungen der Umwelt, die ihr Leben und ihre Lebensumstände negativ beeinflussen, gezwungen sind, ihren hauptsächlichen Wohnort zu verlassen, oder die dies aus eigener Entscheidung tun, entweder vorübergehend oder dauerhaft, und die entweder innerhalb ihres Landes oder grenzüberschreitend migrieren» (IOM 2007: 1-2).

Dhaka ist die weltweit am schnellsten wachsende Megacity. Gut zehn Prozent der Bevölkerung von Bangladesch leben in der Hauptstadt.

Für ein Land, das Erfahrung mit den Auswirkungen des Klimawandels hat, ist der Nexus «Klimawandel und Migration» nichts Neues. Die Forschung hat wiederholt Migration mit Umweltstressfaktoren wie schwankenden Niederschlägen, Nahrungsmittelunsicherheit und prekärer Einkommenssituation in Verbindung gebracht – und zwar in mehreren Ländern, einschließlich Bangladesch (Ahmed et al. 2012; Jäger et al. 2009). Solche Stressfaktoren sind saisonal bedingt, daher wählen ländliche Haushalte mit geringer Kreditwürdigkeit und geringem Sparpotenzial häufig die vorübergehende Migration, um Belastungen durch unsicheres Wetter, verbunden mit unsicheren Ernteaussichten und den darauf folgenden wirtschaftlichen Verlusten, aufzufangen.

In Bangladesch ist die saisonale Migration weit verbreitet. Die Migrationsbewegungen können dabei innerhalb des Landes oder grenzüberschreitend sein. Da letzteres Planung und eine Investitionsstrategie der Familie erfordert, entscheiden sich die meisten für eine Binnenmigration. Dabei spielen Familiennetzwerke eine zentrale Rolle. Daher kann das, was derzeit in Ban-

Saleemul Huu ist Direktor des International Centre for Climate Change and Development (http://www.icccad.org) an der Independent University in Dhaka, Bangladesch, und Senior Fellow am International Institute for Environment and Development (http://www.iied.org) in Großbritannien. Bevor er zum IIED kam, war er Executive Director des Bangladesh Center for Advanced Studies, das er 1984 aründete. Dr. Hua funaierte als Coordinating Lead Author des Intergovernmental Panel on Climate Change, Arbeitsgruppe II, die sich mit Auswirkungen, Vulnerabilität und Anpassung beschäftigt.

Stephanie Andrei

ist Wissenschaftlerin am International Centre for Climate Change and Development (http://www.icccad.net) und lebt derzeit in Dhaka, Bangladesch. Am ICCCAD koordiniert sie u.a. das Asia Pacific Forum on Loss and Damage (http://lossand damageforum.org). Kürzlich erwarb sie ihren Master in «International Migration and Public Policy» an der London School of Economics and Political Science.

8 Bangladesch Wege aus der Unsicherheit Bangladesch 9

gladesch zu beobachten ist, als eine «Kultur der Mobilität» verstanden werden, in der die Migration eine Kettenreaktion in den lokalen Gemeinden auslöst (Findlay und Geddes 2011).

Die grenzüberschreitende Migration

Aktuell wird die grenzüberschreitende Migration aus Bangladesch von Arbeitsmigranten getragen, die in Ländern wie Malaysia, Singapur, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten ihren Lebensunterhalt verdienen wollen. Die Arbeit ist oft temporärer Natur, da die meisten Migranten die Einbürgerungsvoraussetzungen im Zielland nicht erfüllen. Die Migranten, die meist über Agenturen vermittelt werden, erwerben oder vertiefen dort Fähigkeiten, schicken einen Teil ihres Einkommens nach Hause und tragen so zum Unterhalt der Familie bei. Da die grenzüberschreitende Migration erhebliche Investitionen erfordert, ist sie als Reaktion auf Schockereignisse wie Nahrungsmittelknappheit oder Überschwemmung weniger geeignet (Black et al. 2008). Dennoch breitet sich diese Form der Migration immer weiter aus. Bessere Beschäftigungsaussichten, Rekrutierungsagenturen und soziale Netzwerke haben die Pull-Faktoren für Menschen, die eine Arbeitsmöglichkeit im Ausland suchen, wesentlich verstärkt.

Die Rücküberweisungen der Migranten bilden heute in Bangladesch die zweitgrößte Devisenquelle.

Die meisten Migranten sind männlich, kommen aus ländlichen Gebieten und übernehmen ungelernte Arbeiten. Frauen haben zwar begonnen, die Migrationsrouten zu nutzen, allerdings ist dies bisher weitgehend undokumentiert. Die Rücküberweisungen der Migranten bilden heute in Bangladeschnach der Textilindustrie - die zweitgrößte Devisenquelle: Im Jahr 2011 machten sie 10,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, Prognosen zufolge wird ihr Anteil noch weiter steigen. Während sich die Finanztransfers der Migranten positiv auf die Wirtschaft Bangladeschs auswirken, sind die Arbeitsbedingungen der Migranten in den Zielländern oftmals äußerst bedenklich.

Klimawandel und Anpassung

Erzwungene Migration ist für Millionen Menschen in Bangladesch harsche Realität. Ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung leben in Gebieten, die sich weniger als fünf Meter über dem Meeresspiegel befinden, und Zyklone verwüsten etwa alle drei Jahre die Küste. Einer der schlimmsten war 1970 Bhola mit bis zu 500 000 Todesopfern und einer großen Zahl von Vertriebenen. Nach solchen Naturkatastrophen verstärken sich die Migrationsbewegungen, da die Haushalte von den Folgen überfordert sind. Für die Menschen an der Küste ist materielle Hilfe immens wichtig. Von ihr hängt es ab, wie sie mit den Verlusten und Schäden durch extreme Wetterereignisse - ganz gleich, ob sie dem Klimawandel geschuldet sind oder nicht - umgehen und sich von ihnen erholen können.

Der Mangel an notwendigen Mitteln führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Fehlanpassungen, oder Anpassungsmaßnahmen werden überhaupt nicht ergriffen. Der steigende Meeresspiegel und die zunehmende Versalzung durch schwankende Wetterverhältnisse und extreme Wetterereignisse stellen die ländlichen Gemeinschaften in Bangladesch vor immense Anpassungsaufgaben. Allerdings hängt der Umfang der Anpassungsmaßnahmen von den Migrationswünschen- und zwängen ab. Doch wenn die Industrieländer weiter die Dringlichkeit der Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen leugnen, könnten selbst Anpassungsmaßnahmen zum Scheitern verurteilt sein.

Die Herausforderungen bei erzwungener Migration sind zweifach: Wird eine solche Migration nicht geplant, ist das Wohlergehen der Migranten potenziell gefährdet (Oliver-Smith 2009). Die Migranten verfügen unter Umständen nicht über ausreichend Mittel und Netzwerke. Sie kämpfen ums Überleben und sind nicht in der Lage, sich langfristig an den Klimawandel anzupassen. Wenn andererseits die Anpassungsmaßnahmen versagen, bleiben Menschen zurück, die gezwungen sind, mit extrem schwierigen Situationen fertigzuwerden. Die zunehmende Versalzung im Küstenbezirk Satkhira beispielsweise hat in überproportionalem Maße die ärmsten Bevölkerungsgruppen getroffen, da sie nicht in der Lage sind, in Anpassungsinstrumente und -techniken zu investieren. Zu den möglichen Maßnahmen gehören

etwa salzresistente Pflanzensorten und die Anpassung und Instandsetzung bestehender Bewässerungssysteme. Andere Maßnahmen sind die Änderung der Ernährungsgewohnheiten, die Generierung von nicht-landwirtschaftlichem Einkommen sowie die Migration. Doch die ärmste Bevölkerung verfügt dabei wahrscheinlich nicht einmal über die notwendigen Mittel, um in Krisenzeiten vorübergehend in sichere Gebiete zu migrieren.

Die dringendsten Aufgaben: Anpassung und Mitigation

Obgleich die Regierung in den letzten Jahren durch die Einrichtung des Climate Change Trust Fund und des Climate Change Resilience Fund durchaus Handlungsfähigkeit bewiesen hat, ist Migration nach wie vor ein abstraktes Konzept, für das keine klare Strategie vorliegt. Der Bangladesh Climate Change Strategy and Action Plan, den die Vorgängerregierung vor einigen Jahren erstellt hat, sollte eine umfassende Strategie für den Umgang mit den Folgen des Klimawandels sein. Die ursprüngliche Fassung enthielt keinerlei Aussagen zur umweltinduzierten Migration – ein Versäumnis, das in der revidierten Fassung von 2009 beseitigt wurde. Das zeigt, dass die Regierung bereit ist, Migration als Realität wahrzunehmen, die Anpassungen erfordert. In der Praxis allerdings ist eine $umfassende\,Migrationsstrate gie\,noch\,nicht$ sehr weit gediehen. Darüber hinaus ist weitere Forschung notwendig, die die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Migration herausarbeitet, damit effektive Strategien zum Umgang mit dieser Realität entwickelt werden können.

Für Bangladesch wird die Binnenmigration auch in Zukunft eine enorme Herausforderung darstellen. Der Klimawandel wird die bereits prekäre sozioökonomische Lage in vielerlei Hinsicht verschärfen, mehr noch: Es ist absehbar, dass die Verluste und Schäden durch den Klimawandel ohne effektive Anpassungsmaßnahmen nie dagewesene Ausmaße annehmen werden. Die Kombination aus mangelhafter Anpassung und unzureichenden Ressourcen in den Ländern, die sich an die künftigen Auswirkungen des Klimawandels anpassen müssen, hat bereits zu Katastrophen geführt und wird dies, wenn nichts Einschneidendes passiert, auch weiterhin tun.

Auf lokaler Ebene sind die Kommunen gezwungen, sich schnell anzupassen, um auf die sich verschärfenden Klimabedingungen vorbereitet zu sein. Solche Veränderungen müssen unbedingt grundlegender Natur sein, denn eine Politik der kleinen Schritte kann die Nachhaltigkeit der Verfahren und Verhalten nicht sicherstellen (Hug, Roberts und Fenton 2013). Darüber hinaus muss die Regierung einen besonderen Schwerpunkt auf Bildung legen, um die Fähigkeiten und Kenntnisse der Menschen in Bangladesch zu erweitern und die grenzüberschreitende Migration zu fördern, nicht als Notwendigkeit, sondern als eine echte Option für Familien und für jeden Einzelnen. Geplante Migration stellt eine Möglichkeit der transformativen Anpassung dar. Allerdings bedarf es hier noch Forschungsanstrengungen, die das Potenzial der geplanten Migration deutlicher herausarbeiten und so der Regierung als Hilfe für Entscheidungen dienen - Entscheidungen, die nicht nur kurzfristig die Einkommen der Menschen verbessern, sondern langfristig die Nachhaltigkeit der Anpassungsmaßnahmen sicherstellen.

Solange aber die Industriestaaten nur wenig zur Mitigation, also zur Verringerung der Klimagase, beitragen, sehen viele Entwicklungsländer einer schwierigen Zukunft entgegen.

Literatur

- Ahmed, A., Hassan, S., Etzold, A. und Neelormi, S. (2012):

 ««Where the Rain Falls» Project.

 Case Study: Bangladesh. Results from Kurigram District, Rangpur Division», Report Nr. 2, United Nations

 University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS)

 Publication Series, Bonn.
- Black, R., Kniveton, D., Skeldon, R., Coppard, D., Murata, A. und Schmidt-Verkerk, K. (2008):
 Demographics and Climate Change:
 Future Trends and their Policy
 Implications for Migration, Working Paper T-27, Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty, United Kingdom.
- De Haan, A., Brock, K., Carswell, G., Coulibaly, N., Seba, H. und Toufique, K.A. (2000): Migration and Livelihoods: Case Studies in Bangladesh, Ethiopia and Mali. *IDS Research Report*, 46. Brighton: IDS.

10 Bangladesch Wege aus der Unsicherheit

Bräute für Indiens Norden Indien 11

Bräute für Indiens Norden

Über Heiratsmigration und Frauenmangel

Interview von Caroline Bertram mit der Soziologin Ravinder Kaur

Findlay, A. und Geddes, A. (2011):

«Critical Views on the Relationship
between Climate Change and
Migration: Some Insights from the
Experience of Bangladesh», in:
Piguet, E., Pécoud, A. und P.
Guchteneire (Hrsg.): Migration and
Climate Change. Cambridge University Press, Cambridge, S. 138–159.

- Huq, S., Roberts, E. und Fenton, A. (2013): «Commentary: Loss and Damage», *Nature Climate Change* Vol. 3, S. 947–949.
- International Organization for Migration (IOM) (2007): «Discussion Note: Migration and the Environment», (MC/INF/288). International Organization for Migration, Genf.
- Jäger, J., Frühmann, J., Günberger, S. und Vag, A. (2009): «Synthesis Report», Environmental Change and Forced Migration Scenarios (EACH-FOR) [online] http://www.each-for.eu (abgerufen im Mai 2014).
- Oliver-Smith, A. (2009):

 «Sea level rise and the vulnerability of coastal peoples: responding to the local challenges of global climate change in the 21st century», in:

 Inter Sections Nr. 7, United Nations University Institute for Environment and Human Security, Bonn.
- Poncolet, A. (2010):

 «Bangladesh: Case Study Report»,
 Environmental Change and Forced
 Migration Scenarios (EACH-FOR)
 [online] http://www.each-for.eu
 (abgerufen im Mai 2014).

- "UNSTATS (2013):

 «Country Profiles: Bangladesh»,
 in: UNSTATS, *Pocketbook* [online]
 http://unstats.un.org/unsd/
 pocketbook/country_profiles.pdf
 (abgerufen im Mai 2014).
- Warner, K., Afifi, T., Kälin, W.,
 Leckie, S., Ferris, Beth, Martin, S.F.
 und Wrathall, D. (2013):
 «Changing Climate, Moving People:
 Framing Migration, Displacement
 and Planned Relocation»,
 Policy Brief Nr. 8, United Nations
 University Institute for Environment
 and Human Security (UNU-EHS)
 Publication Series, Bonn.

In manchen Regionen Indiens sind viele Männer unverheiratet, da nach der jahrzehntelangen Bevorzugung von Jungen und der Diskriminierung von Mädchen die Geschlechterverteilung in eine Schieflage geraten ist. Die Ehe gilt in Indien aber nach wie vor als gesellschaftliche Pflicht, daher führt die pure Verzweiflung zunehmend zu interregionalen und interkulturellen Ehen, die das rigide Eheund Kastensystem Indiens aufweichen. Die Bundesstaaten Punjab, Uttar Pradesh und Haryana sind von Frauenmangel besonders betroffen, und in den letzten Jahrzehnten haben sich informelle Netzwerke herausgebildet, die die Migration von Bräuten aus den östlichen und südlichen Bundesstaaten in den Norden erleichtern. Die Frauen, meist aus armen Familien, überwinden nicht nur geographische Grenzen, sondern auch solche der Kaste, Kultur, Sprache und Ethnie, manchmal sogar der Religion. Aufgrund der verschobenen Geschlechterverteilung, aber auch wegen der Armut brechen viele interregionale Heiraten mit traditionellen Prinzipien der Ehe in der indischen Gesellschaft. In der Öffentlichkeit ist eine Debatte darüber entbrannt, ob die interregionale Ehe eine Form des Menschenhandels ist oder lediglich eine gesellschaftliche Reaktion auf demographische Veränderungen.

Caroline Bertram: Frau Professor Kaur, Sie haben sich intensiv mit dem Phänomen der interregionalen Ehe, wie es in Indien genannt wird, beschäftigt. Was kennzeichnet eine interregionale Ehe, und wie unterscheidet sie sich von der herkömmlichen Form der Ehe in Indien?

Ravinder Kaur: In den meisten Regionen Indiens, insbesondere im Norden, ist die – häufig arrangierte – Ehe traditionell so gestaltet, dass die Frau nach der Hochzeit aus ihrer Familie in die Familie ihres Ehemanns zieht. Die Möglichkeit und die kulturelle Akzeptanz einer Heirat zweier Personen und deren jeweiliger Familie beruhen auf dem Konzept der Exogamie, das heißt der Heirat außerhalb des eigenen *gotra* oder Clans, aber innerhalb derselben Kaste. Die Daten des jüngsten National Sample Survey (NSS 2007-8) zeigen, dass 91,2 Prozent der Frauen in ländlichen Gebieten und 60,8 Prozent der Frauen in den Städten für ihre Ehe den Ort gewechselt haben.

In Nordindien kommen die Ehepartner traditionell aus verschiedenen Dörfern derselben Region. Allerdings sieht man zunehmend Ehen, die über eine weite Entfernung und die Grenzen der Bundesstaaten, aber auch kulturelle und Sprachgrenzen überschreitend arrangiert werden. Insbesondere in den Bundesstaaten Haryana, Punjab und Uttar Pradesh werden immer mehr Bräute aus dem Osten und dem Süden des Landes «importiert». Daraus entstehen Ehen, die die Gren-

Ravinder Kaur unterrichtet Soziologie und Sozialanthropologie am Department of Humanities and Social Sciences des Indian Institute of Technology (IIT) in Delhi, Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit sind die verschiedenen Aspekte der unausgeglichenen Geschlechterverteilung in Indien und deren gesellschaftliche Folgen. Kaur ist gemeinsam mit der Soziologin Rajni Palriwala Herausgeberin des kürzlich erschienenen Buchs «Marrying in South Asia: Shifting Concepts Changing Practices in a Globalising World» (Orient Blackswan, 2013). Ein weiteres Buch «Strangers as Spouses: Skewed Sex Ratios and Marriage Migration in India» soll demnächst veröffentlicht werden.

Caroline Bertram

ist Programmkoordinatorin im Büro Neu Delhi der Heinrich-Böll-Stiftung. 12 Indien Bräute für Indiens Norden

Bräute für Indiens Norden Indien 13

zen von Kaste, Kultur, Sprache, Ethnie - manchmal sogar Religion überschreiten. Meine Forschungsarbeit hat sich in den letzten zehn Jahren auf diese Form der Ehe konzentriert. Mir geht es darum, sowohl die Antriebskräfte dieses Trends, dieser demographischen Muster, als auch die Art und Weise zu verstehen, wie diese Ehen arrangiert werden.

In den genannten Bundesstaaten herrschen immer noch patriarchalische Normen vor, und die Verschiebung der Geschlechterverteilung ist die Folge einer jahrzehntelangen Bevorzugung von Jungen. Die Diskriminierung der Mädchen vor und nach der Geburt hat zur Folge, dass z.B. in Haryana laut der letzten Volkszählung im Jahr 2011 nur 877 Frauen auf 1000 Männer kommen. Dieses demographische Ungleichgewicht führt dazu, dass viele Männer unverheiratet – und verzweifelt - sind. In Haryana ging vor den Wahlen in 2014 sogar ein Zusammenschluss unverheirateter Männer auf die Straße und forderte von den Kandidaten Bräute als Gegenleistung für ihre Stimmen.

In Indien ist die Ehe nach wie vor eine gesellschaftliche Pflicht und ein wichtiger Aspekt des sozialen Erwachsenseins. Das Umwerben und voreheliche Beziehungen sind gesellschaftlich nicht akzeptiert, auch wenn sich dies in den Städten langsam ändert. Heirat und die entsprechende Mitgift bestimmen nach wie vor den gesellschaftlichen Status von Familien, und wer nicht verheiratet ist, ist von der Gesellschaft ausgeschlossen. Das erklärt die Verzweiflung, mit der unverheiratete Männer in weit entfernten Regionen nach einer Braut suchen, sei es in Kerala, West-Bengalen, Assam, Tripura, Odisha, oder sogar grenzüberschreitend in Bangladesh und Nepal.

Wer sind die Männer und Frauen, die außerhalb ihrer Kaste und ihrer Sprachund kulturellen Grenzen heiraten, und was veranlasst sie zu diesen Ehen?

> Das Phänomen ist ein ganz besonderer Typ der Heiratsmigration, der in hohem Maße einerseits durch Armut und andererseits durch die Verschiebung der Geschlechterrelation bestimmt wird. Die Männer kommen aus allen Kasten, sind meist weniger gut gebildet und haben wenig oder keinen Grundbesitz. Oft sind es Landarbeiter oder arbeitslose Jugendliche, die aufgrund ihres niedrigen sozialen Status auf einem hart umkämpften Heiratsmarkt keine Frau finden. Viele von ihnen sind bereits älter, da sie schon einige Jahre lang vergeblich auf der Suche nach einer Frau sind, manche sind körperbehindert. Wenn weder ein soziales Sicherungsnetz noch eine staatliche Altersversorgung bestehen, ist die Gründung einer Familie eine natürliche Überlebensstrategie. In ihrer Verzweiflung verlangen die Familien der Männer meist nicht einmal eine Mitgift von der Braut aus einer anderen Region.

> Die Frauen, die für diese Art von Ehen migrieren, kommen meist aus sehr armen Familien, für die eine Mitgift der wirtschaftliche Ruin bedeuten kann. Sie leben normalerweise in Gebieten, in denen die Geschlechterverteilung eher ausgeglichen ist, die Familie aber die lokal übliche Mitgift nicht aufbringen kann. Manche waren bereits verheiratet und die Beziehung ist gescheitert, oder ihr Mann hat sie verlassen. Dann sind die Chancen, in der eigenen Gemeinschaft erneut zu heiraten, sehr gering, denn getrennte oder geschiedene Frauen sind auf dem Heiratsmarkt nach wie vor stigmatisiert. Hat eine Frau geheiratet und ist in die Familie des Mannes übergesiedelt, wird es sehr schwierig für sie, in ihre eigene Familie zurückzukehren, in erster Linie, weil sie damit Schande über ihre Familie bringt, aber auch, weil sie eine finanzielle Last darstellen würde, denn sie wäre ja ein weiteres Familienmitglied, das durchgefüttert werden müsste. Für viele ist daher die interregionale Ehe die einzige bzw. wirtschaftlich günstigste Möglichkeit der Existenzsicherung.

Für die Familien dieser Frauen bedeutet die interregionale Ehe der Tochter häufig eine wesentliche wirtschaftliche Erleichterung. Viele der Familien, mit denen ich gesprochen habe, hatten mehrere Töchter, was eine enorme finanzielle Belastung darstellt. Sie haben von Bundesstaaten wie Haryana und Punjab gehört, wissen, dass das reiche Landwirtschaftsregionen mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen sind. Daher nehmen sie an, dass es ihren Töchtern dort gut gehen wird.

Wie werden diese Ehen arrangiert?

Ethnologen beschäftigen sich seit den 1980er Jahren mit interregionalen Ehen, es gibt sie aber schon wesentlich länger, denn die Geschlechterrelationen in den genannten Regionen sind schon seit 100 Jahren oder gar noch länger verschoben. Schaut man sich diese Ehen an, erkennt man schnell, dass es die migrierten Frauen selbst sind, die die Ehen für andere Frauen aus ihrer Heimat organisieren. Man nennt das eine Kettenheiratsmigration: Eine Frau, zum Beispiel aus Assam, ist nach Haryana migriert. Dort sieht sie mehr Männer, die ebenfalls Frauen suchen, also ermutigt sie Frauen aus ihrer Heimatgemeinde, eine Fernehe einzugehen. Es ist keineswegs einfach für die Frauen, ihre Heimat zu verlassen und sich in eine neue Familie zu integrieren, insbesondere da die Sprache und die Bräuche unter Umständen ganz anders sind. Wenn sie nun Frauen aus ihrem Heimatdorf dazu bewegen können, einen Mann aus ihrer neuen Gemeinde zu heiraten, und zwar ohne Mitgift, dann formen sie gleichzeitig eine Gemeinschaft für sich selbst, fernab von ihrer alten Heimat und den alten Netzwerken. Außerdem haben die Frauen, die sich als Ehemaklerinnen betätigen, die Möglichkeit, in ihre alte Heimat zu reisen, was sie sich sonst normalerweise nicht leisten könnten oder die Familie ihres Mannes nicht erlauben würde.

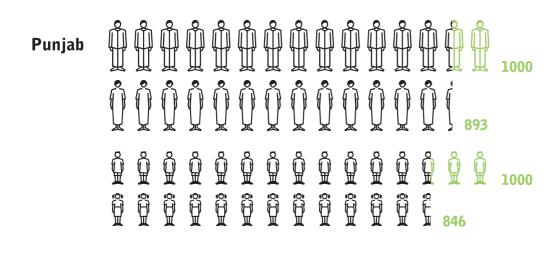
Als Maklerinnen arrangieren sie nicht nur die interregionale Ehe, sondern organisieren häufig auch die Hochzeit selbst. Was sie von gewerbsmäßigen Maklern unterscheidet, ist die Tatsache, dass sie dabei kein Geld verdienen. Das Geld, das sie bekommen, deckt lediglich ihre Reisekosten sowie die Kosten der Heiratszeremonie.

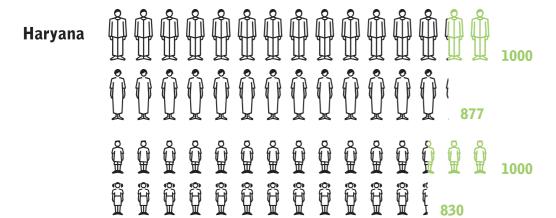
Die ledigen Männer in Staaten wie Haryana, Punjab und Uttar Pradesh erfahren meist durch Mund-zu-Mund-Propaganda von der Möglichkeit einer interregionalen Ehe. Mancherorts sind diese Ehen recht weit verbreitet, und man geht offen damit um. Die gewerbsmäßige Heiratsmigration, die von männlichen Maklern organisiert wird, ist dagegen noch selten. Sie ist in keiner Weise vergleichbar mit den Agenturen in Südkorea, Singapur oder Taiwan, die Ehen mit Frauen aus weniger entwickelten südostasiatischen Ländern arrangieren. Die Agenturen dort kümmern sich um alles, von Pass und Visum bis zu Sprach- und Kulturtraining für die Frauen. In Indien dagegen werden interregionale Ehen weitgehend informell organisiert.

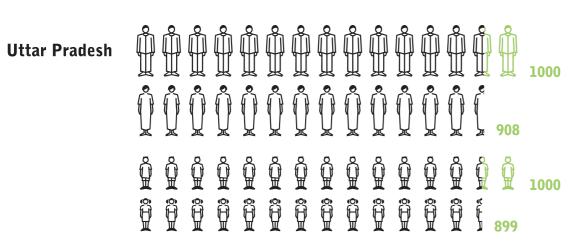
Gibt es Fälle von Menschenhandel oder erfolgen die meisten interregionalen Ehen mit beidseitiger Zustimmung, also von Braut und Bräutigam?

> Interregionale Ehen sind in den letzten Jahren in Indien zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt. Es wird in unterschiedlichster Weise über dieses Phänomen gesprochen und geschrieben, und folglich gibt es auch ganz unterschiedliche Sichtweisen. Manche Wissenschaftler und Menschenrechtsaktivisten nennen es Brautkauf, Menschenhandel, gar Sexsklaverei und verurteilen es als eine Form der Kommodifizierung von Frauen.

14 Indien Bräute für Indiens Norden







Geschlechterrelation Anzahl Frauen und Mädchen pro 1000 Männer und Jungen (Kinder 0-6 Jahre)

Eine Feldstudie zu den Auswirkungen der Geschlechterrelation auf die Heiratsmuster in Haryana von Drishti Stree Adhyayan Prabodhan Kendra in 10000 Haushalten zeigte, dass mehr als 9000 Ehefrauen in Haryana aus anderen Bundesstaaten stammen. In Haryana bliebe einer von fünf Männern unverheiratet, wenn er keine Braut aus einem anderen Staat «importieren» würde. In vielen Bezirken in Haryana kommen fünf von sechs Bräuten aus einem anderen Bundesstaat.

Quelle: Impact of sex ratio on pattern of marriages in Haryana. Field study by NGO Drishti Stree Adhyayan Prabodhan Kendra, 2010. Zugegeben, es gibt Einzelfälle, auf die das alles zutrifft, und diese Frauen sind in vielerlei Hinsicht höchst verwundbar. Im Allgemeinen aber sehe ich interregionale Ehen als ein sich vor unseren Augen entwickelndes gesellschaftliches Phänomen. Es ist die Folge demographischer Veränderungen und kann langfristig sogar die rigiden Vorstellungen des indischen Ehesystems aufweichen. Es gibt viele Arten von Ehen, und die interregionale Ehe nur als Brautkauf zu sehen ist eine unzulässige Vereinfachung. Alle arrangierten Ehen sind in gewisser Weise eine wirtschaftliche Transaktion. Das Konzept der Mitgift zum Beispiel sollte eher «Bräutigampreis» genannt werden, da sie der Familie der Braut einen guten Bräutigam für ihre Tochter garantiert, je nachdem, wie viel Geld gezahlt wird. Man könnte also durchaus auch sagen, dass sich die Männer auf dem Heiratsmarkt verkaufen.

Ich bin der Meinung, dass Brautkauf hier nicht das zentrale Problem ist, denn das würde ja bedeuten, dass die Familie der Braut, ihr Bruder oder ein Vormund Geld erhält. In den zehn Jahren, in denen ich mich mit dieser Frage beschäftige, sind mir nur ganz wenige solcher Fälle begegnet. Das Geld, das in dem Prozess fließt, deckt zumeist nur die Ausgaben der Maklerin, die, wie bereits erwähnt, häufig migrierte Frauen sind, die die Heirat organisieren.

Fälle von Menschenhandel sind vorgekommen: Meist sind männliche Makler daran beteiligt, die in den vergangenen zehn Jahren auf diese Weise zu agieren begonnen haben. Diese männlichen Makler suchen Frauen auf Anfrage von Männern, die selbst keine Frau finden. Funktioniert eine Verbindung nicht, wird die Frau unter Umständen an den nächsten Kandidaten weitergereicht – was vielleicht, vielleicht auch nicht, funktioniert. Diese Fälle gibt es, und sie zeigen in der Tat einen besorgniserregenden Trend zur Kommodifizierung von Frauen. Es wurden Fälle berichtet, in denen Frauen an Bahnhöfen in West Bengal oder in Neu Delhi betäubt und zum Beispiel nach Haryana, weit weg von ihrer Heimat, entführt wurden. Diese Kommerzialisierung des Brauthandels ist die dunkle Seite der interregionalen Ehe. Es gab aber auch schon andere Fälle, bei denen die Bräute mit den Maklern unter einer Decke steckten und sich nach kurzer Ehe mit den Wertsachen des Bräutigams aus dem Staub machten.

Wie sehen Sie diese Ehen, insbesondere die Situation und den Status der Frauen?

Es gibt viele, die in den Frauen, die eine interregionale Ehe eingehen, lediglich Opfer von Menschenhandel oder Sexsklaverei sehen. Ich möchte die Vulnerabilität der betroffenen Frauen nicht herunterspielen, plädiere aber dafür, etwas differenzierter auf diese Ehen zu schauen. Wenn wir interregionale Ehen als Sexsklaverei bezeichnen, dann müsste das potenziell für viele Ehen in Indien gelten, denn es gibt noch kein Gesetz im Land, das Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe stellt.

Traditionell arrangierte Ehen in Indien sind oft mit ähnlichen Problemen belastet, daher schlage ich vor, die interregionalen Ehen nicht nur aus einem einzigen Blickwinkel zu betrachten. In den traditionellen und den interregionalen Ehen ist es die Frau, die ihre Familie verlässt und in den Familienverband ihres Mannes zieht. Sie braucht in jedem Fall Zeit, um sich an die neue Umgebung anzupassen. Sie ist in einer neuen Gemeinschaft und auf der untersten Stufe der Hierarchie, häufig wird sie als Magd missbraucht. Ihr Status verbessert sich erst, wenn sie einen Sohn geboren hat. Das ist leider die harte Realität vieler, wenn nicht der meisten Frauen in Indien, insbesondere im Norden.

Die Eheerfahrung einer Frau in einer grenzüberschreitenden Ehe ist aller Wahrscheinlichkeit nach anstrengender: Diese Frauen haben die geographischen Grenzen, aber auch die von Kaste, Religion und

Sprache überschritten, im Grunde haben sie ihre gesamten Kultur hinter sich gelassen. Ihre Identität steht auf dem Spiel. Diese Frauen müssen in ihrer Rolle als Ehefrau viele Erwartungen der neuen Familie erfüllen, die sie in erster Linie als Hilfe im Haushalt und in der Landwirtschaft «importiert» hat. Die Geschlechterrollen in Nordindien sind nach wie vor sehr starr, so weigern sich Männer, im Haushalt zu helfen und wenn sie sogenannte «Frauenarbeit» leisten, schlägt ihnen Verachtung entgegen. Viele dieser Frauen müssen extrem viel und hart arbeiten, und meiner Meinung nach hat die interregionale Ehe immer auch mit Arbeitsmigration zu tun. Die Frauen leisten produktive und reproduktive, sexuelle und emotionale Arbeit – ganz zu schweigen von der Hausarbeit. Leider wird das, was die Frauen in die Ehe in Form von Arbeit einbringen, nicht sehr hoch bewertet.

In den Jahren als Wissenschaftlerin habe ich gesehen, wie sich Frauen anpassen und im Laufe der Zeit mit ihrem neuen Leben arrangieren. Eines ist mir dabei immer wieder aufgefallen: Das Bildungsniveau der Frauen spielt in der Art und Weise, wie die Frauen sich in ihrem neuen Leben zurechtfinden, eine wichtige Rolle. Frauen mit einer gewissen Bildung - das zeigt sich insbesondere bei den Frauen aus Kerala - erarbeiten sich in ihren neuen Familien schneller eine stärkere Position als weniger gut gebildete Frauen, die im Schnitt länger auf der untersten Hierarchiestufe bleiben. Ärmere Frauen haben es häufig schlechter und werden zum Beispiel oft daran erinnert, dass sie «gekauft» wurden und daher «Eigentum» der Familie sind, in die sie eingeheiratet haben. Hat eine Familie mehrere ledige Söhne, kann es vorkommen, dass die Mutter die Braut zwingt, mit allen Brüdern zu schlafen, wir nennen das fraternale Polyandrie. Mir sind solche Fälle bekannt.

Viele Frauen gewöhnen sich nur schwer an den ghunghat genannten Gesichtsschleier, den sie aus ihrer Kultur nicht kennen. Auch die auf Weizen und Linsen basierende Ernährung ist ganz anders als die Fisch- und Reisgerichte ihrer Heimat. Gelingt es einer Frau jedoch, ein gutes Verhältnis zu ihrem Mann und ihrer Schwiegermutter aufzubauen und lernt sie die lokale Sprache, integriert sie sich recht gut. Und sobald Kinder da sind, fühlt sie sich ihrer neuen Familie verpflichtet, ganz gleich, wie schwierig die Dinge liegen.

Aufgrund der Entfernung zu ihren alten Familien haben Frauen in interregionalen Ehen den großen Nachteil, dass sie wenig autonom sind, da sie nicht auf Angehörige oder andere Unterstützungsnetze zurückgreifen können. An wen wenden sie sich, wenn sie Hilfe brauchen, weil sie in ihrer angeheirateten Familie schlecht behandelt werden? Interregionale Ehen sind heute in manchen Regionen, zum Beispiel Haryana, recht weit verbreitet, aber es gibt noch keinerlei Bemühungen, Unterstützung für diese Frauen zu organisieren. Ich bin der Ansicht, dass dies Sache des Staates ist, und habe das Problem daher der Regierung von Haryana vorgetragen, und ich habe mit der Ministerin für Frauen und Kinder in Delhi gesprochen. Aber niemand hat sich wirklich dafür interessiert. Da ist noch viel an Aufklärungsarbeit zu leisten.

Sehnsucht nach einem besseren Leben Migration der Chin nach Malaysia und Indien

Khen Suan Khai

Eine prekäre wirtschaftliche Lage, Diktatur, Drangsalierungen und Armut sind die Push-Faktoren, die viele Chin, eine ethnische Minderheit in Myanmar, zur Migration in die Länder Malaysia und Indien treiben. Ganz gleich, ob diese Auswanderung legal oder illegal erfolgt, hinter ihr steht meist der Wunsch nach Sicherheit, einem höheren Lebensstandard und einer neuen Heimat in einem Drittland. Schwerwiegende politische und Menschenrechtsverletzungen sind für die Chin durchaus an der Tagesordnung. Vielen Chin-Migranten geht es daher um grundlegende Fragen wie die Verteilung von Ressourcen, Freiheit und Gleichberechtigung.

Politische Veränderungen in Myanmar

Seit 2010 hat in Myanmar ein politischer Reformprozess begonnen, der sich als erste Phase des Übergangs zur Demokratie erweisen könnte. Die Waffenstillstandsvereinbarungen der Regierung unter Präsident Thein Sein mit den nationalrevolutionären ethnischen Gruppen wurden international begrüßt¹, auch wenn ethnische Konflikte weiterhin ungelöst sind. Manchen Beobachtern zufolge ist Myanmar auf dem Weg zurück zur Demokratie – einem Weg, den das Land vor sechzig Jahren verlassen hat. Andere sind vorsichtiger: Eine nachhaltige Lösung der ethnischen Konflikte, so ihr Argument, benötige mehr als einen Waffenstillstand oder einen «negativen Frieden», also die reine Abwesenheit von Krieg. Myanmar müsse vielmehr zu einem «positiven Frieden» gelangen, das heißt, Bedingungen schaffen, die einen gerechten und nachhaltigen Frieden ermöglichen. Dazu gehören nicht nur Zugang zu Nahrungsmitteln und sauberem Wasser, Bildung für alle, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und andere unveräußerlichen Menschenrechte, sondern auch «positive Freiheit», also die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben frei von Unterdrückung zu führen, gleichberechtigt auf allen Ebenen (wirtschaftlich, sozial und kulturell) und mit demokratischer Machtverteilung.

Irreguläre Chin-Migration und Flucht in Zahlen

Myanmar gehört mit weit über 400 000 Flüchtlingen zu den sieben Ländern weltweit, aus denen die meisten Flüchtlinge stammen (UNHCR 2013). In Malaysia leben laut UN-Statistiken etwa 50 000 irreguläre Migranten aus Myanmar (UNHCR Staff 2013). Dem UNHCR (UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge) zufolge sind in Malaysia mehr als 30 000 Flüchtlinge und etwa 10000 Asylsuchende aus dem Chin-Staat. In Flüchtlingslagern in Thailand haben etwa 300 irreguläre Chin-Migranten Asyl beantragt, und im indischen Delhi leben schätzungsweise 8000 Chin-Flüchtlinge. Mehr noch sind es in Aizawl, im indischen Bundesstaat Mizoram. Sie haben keine Möglichkeit, Delhi, den Sitz des UNHCR, zu erreichen. In den vergangenen zehn Jahren haben sich viele Chin-Flüchtlinge in Europa und Nordamerika niedergelassen.

Der wesentliche Grund, warum so viele Menschen aus Myanmar Zuflucht im Ausland suchen, ist der Mangel an «positiver Freiheit». Die ethnischen Gruppen an der

Khen Suan Khai erwarb seinen Master of Arts in International Development Studies an der Universität Chulalongkorn, Thailand, mit einem Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung. Heute unterrichtet er internationale Entwicklung, internationale Migration und Friedensstudien an der School of Social Innovation der Universität Mae Fah Luang in Thailand, Khen Suan Khai ist Chin und Menschenrechtsaktivist.

Peripherie Myanmars kämpfen seit mehr als einem halben Jahrhundert gegen das myanmarische Regime und für Autonomie und Gleichberechtigung. Solange die Probleme nicht an den Wurzeln angepackt werden, wird der Strom von Flüchtlingen und irregulären Migranten aus Myanmar andauern.

Die Lage der Chin in Malaysia

Seit Beginn der 1990er Jahre migrieren Menschen aus Myanmar nach Malaysia, wobei die Chin etwa die Hälfte der irregulären myanmarischen Migranten in Malaysia ausmachen. Malaysia ist sicherer als Thailand, denn da beide Länder nicht aneinander grenzen, werden die Chin in Malaysia nicht umgehend zurück nach Myanmar gebracht. Auch ein Migranten dienliches Netzwerk in Malaysia spielt eine wesentliche Rolle: Es ist besser organisiert als in anderen Ländern und hilft vielen Chin bei der Migration (Massey, Douglas S. et al. 1993).

Illegale Migranten auf dem Weg von Myanmar nach Malaysia müssen entweder Thailand durchqueren oder den Seeweg nehmen. Häufig sind Menschenhändler an der Flucht beteiligt oder Schleuser, die die Migranten über die Grenze nach Thailand und weiter nach Malaysia bringen - eine für die Flüchtlinge sehr teure und vor allem sehr gefährliche Reise, denn nicht selten werden sie von der thailändischen oder malaysischen Grenzpolizei beschossen oder erleiden Schiffbruch.2

Indien, insbesondere der Nordosten, wäre zwar geographisch, kulturell und linguistisch der logische erste Anlaufpunkt der Chin, gilt aber nicht als das bevorzugte Ziel, da die Migranten jederzeit wieder nach Myanmar ausgewiesen werden können. In Malaysia dagegen werden sie lediglich an die malavsisch-thailändische Grenze gebracht, wo sie mit etwas Glück die Beamten bestechen können, damit sie wieder nach Malaysia einreisen dürfen. Auch die wirtschaftliche Lage und die Ausreisemöglichkeiten in Drittländer sind in Malaysia attraktiver als in den Nachbarländern. Da die Gefahren der Migration von der Westgrenze Myanmars nach Thailand oder Malaysia etwa gleich groß sind, ist Malaysia zum bevorzugten Ziel der Chin geworden.

Malaysia gewährt weder irregulären Migranten noch Flüchtlingen eine offizielle Arbeitserlaubnis. Als die größte Gruppe irregulärer Migranten aus Myanmar hoffen

die Chin, in einem anderen Land Sicherheit, Schutz und eine dauerhafte Heimat zu finden. Doch das Damoklesschwert der Inhaftierung schwebt unablässig über ihnen. Das paramilitärische Freiwilligencorps Volunteers of Malaysian People, auch RELA Corps (Ikatan Relawan Rakyat) genannt, das 1972 unter den Notstandsgesetzen von 1964 «Emergency (Essential Powers) Acts» gegründet wurde und helfen soll, die nationale Sicherheit zu wahren, ist für das Aufspüren illegaler Immigranten zuständig. Das RELA Corps ist mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet, die über die der Polizei noch hinausgehen. Dazu gehören Festnahmen ohne Haftbefehl, Durchsuchungen und Beschlagnahme (Project MAJE 2007). Internationale Organisationen drängen die malaysische Regierung seit 2007, das RELA Corps abzuschaffen, doch bisher ohne Erfolg. Zumindest wurde jedoch das Kopfgeld, das für jeden festgenommenen illegalen Einwanderer gezahlt wurde, abgeschafft.

Inhaftierte irreguläre Chin werden normalerweise in Golok an der malaysischthailändischen Grenze ausgewiesen. Die Wiedereinreise sichern sie sich häufig durch die Bestechung der Grenzbeamten mit 2000 bis 3000 Malaysischen Ringgit (ca. 600 bis 900 US-Dollar). Berichten zufolge werden diejenigen, die das Bestechungsgeld nicht zahlen können, von Menschenhändlern zur Zwangsarbeit auf Fischerboote in Thailand oder an die Sexindustrie (WCRWC 2008) verkauft. Die zurückbleibenden Kinder der verkauften Chin werden ihrem Schicksal überlassen - viele verschwinden spurlos.

Ihren Lebensunterhalt können sich die meisten irregulären Chin-Migranten in Malaysia nur mit Schwarzarbeit verdienen. Ihr Status als Illegale macht sie besonders angreifbar: marginale Beschäftigung, keine Versicherung, keine Altersvorsorge. Als illegal Arbeitende haben sie keinen Anspruch auf Zahlungen aus dem Employee Provident Fund oder dem Social Security Fund. Die Chin müssen – genau wie alle anderen Migrantinnen und Migranten – an ihren Arbeitsplätzen immer auf der Hut vor Razzien der Einwanderungsbehörde sein. Aus der geteilten Angst und Gefahr entstehen Netze der gegenseitigen Abhängigkeit und Hilfe. Manche haben Familienangehörige oder Freunde, denen der Sprung in ein Drittland geglückt ist und die ihnen jetzt in der Not zur Seite stehen.

In der Chin-Gemeinde werden Konflikte unter den irregulären Migranten intern gelöst, nicht von den Behörden. Religionsund gemeindebasierte Gruppen wie das Chin Refugee Committee und die Alliance of Chin Refugees, deren Mitglieder selbst irreguläre Migranten sind, bilden das effektivste Unterstützungsnetz, das das Leben in Malaysia etwas einfacher macht. Besonders in Auffanglagern sind die irregulären Migrantinnen und Migranten häufig stark gefährdet - mangelnde Gesundheitsversorgung, unhygienische Verhältnisse, Krankheit und möglicherweise Tod. Sogar Eltern mit kleinen Kindern werden in die Lager gebracht.

Malaysia hat zwar die Frauenrechtskonvention (Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau – CEDAW) unterzeichnet, irreguläre Chin-Migrantinnen genießen jedoch keinerlei Schutz und Rechte und sind dadurch besonders gefährdet, Opfer von Gewalt und Ausbeutung zu werden – sei es in der Familie, am Arbeitsplatz oder in den Lagern. Geschlechterbasierte Gewalt kommt häufig vor, meist durch Arbeitgeber, die ihre Angestellten bedrängen und ihnen Lohn verweigern, wenn sie sich wehren. Da die Migrantinnen weder Anzeige erstatten noch sich offiziell beschweren können, ohne ihren Migrantenstatus offenzulegen, haben die Arbeitgeber nichts zu befürchten. Dennoch müssen die Frauen natürlich arbeiten, denn würden sie dies nicht tun, wären sie von Familienmitgliedern und Nachbarn abhängig, was ebenfalls der Misshandlung Tür und Tor öffnen würde.

Die Lage der Chin in Indien

Das Leben für irreguläre Chin in Indien ist schwierig. Etwa 80000 Chin, sowohl Wirtschaftsflüchtlinge als auch Asylsuchende, leben in den Mizoram-Bergen, die sich an der myanmarisch-indischen Grenze direkt an die Chin-Berge anschließen. Da Indien weder die Genfer Flüchtlingskonvention (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge) aus dem Jahr 1951 noch deren Protokoll aus dem Jahr 1967 unterzeichnet hat, gibt es kein offizielles Verfahren, das den Schutz und die Versorgung der in Indien lebenden Flüchtlinge sicherstellt. Daher behandelt Indien die Asylsuchenden von Fall zu Fall. Etwa 8000 Chin stehen unter dem Schutz des UNHCR in Neu Delhi, aber die meisten Chin-Asylsuchenden können sich die Reise von Mizoram, wo das

UNHCR nicht aktiv ist, nach Neu Delhi nicht leisten. Sobald die Asylsuchenden beim UNHCR in Neu Delhi registriert sind, müssen sie in der Stadt bleiben, wo es für sie wiederum schwierig ist, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und sich kulturell zu assimilieren. Die Chin müssen dabei im Wettbewerb um die äußerst knappen Mittel mit der armen lokalen Bevölkerung konkurrieren. Nichtregierungsorganisationen und Gruppen, die sich um die Rechte der Migrantinnen und Migranten kümmern, berichten von Flüchtlingen, denen die UNHCR-Mitarbeitenden unter der Hand empfohlen haben sollen, nach Myanmar zurückzukehren. Das entspricht nicht dem Anspruch, dass Flüchtlinge immer selbst entscheiden sollen. Und wenn sie zur Rückkehr gezwungen werden, sollten Sicherheit und Würde gewährleistet sein.

Sexuelle Gewalt ist für geflüchtete Chin-Frauen – wie für viele andere Frauen in Indien auch - ein großes Problem. Seit den frühen 1990er Jahren wurden über 100 Fälle gemeldet. Mehr als 50 Prozent der Verletzungen der Rechte der Chin in Indien bezogen sich auf sexuelle Angriffe durch Einheimische. Auch wenn die Opfer die Täter häufig identifizieren konnten, führte die Einschüchterung der Opfer - und der Polizei durch die Einheimischen dazu, dass kein Vergewaltiger je verurteilt wurde. Medizinische Versorgung ist in den Krankenhäusern theoretisch gegeben, in der Praxis allerdings hält die ethnische Diskriminierung der Chin-Flüchtlinge an. Viele Chin-Flüchtlinge halten die Bildungseinrichtungen, die vom UNHCR in Zusammenarbeit mit dem lokalen Partner Don Bosco Ashalayam (DBA) betrieben werden, für unzureichend: Es gebe zu viele Schüler pro Lehrer, und Schüler verschiedener Altersstufen würden in einer Klasse zusammengefasst. Das UNHCR in Neu Delhi hat den Besuch öffentlicher Schulen zwar zur Pflicht erklärt, aber dies hat nicht zu besseren Bildungsmöglichkeiten für die Kinder von Chin-Flüchtlingen geführt, da der Unterricht in Hindi und Englisch stattfindet. Lebensunterhalt und Beschäftigungsmöglichkeiten der irregulären Chin bleiben prekär, denn auch mit Langzeitaufenthalts- und Arbeitsgenehmigung sind sie aufgrund mangelnder Bildung sowie mangelnder Sprach- und beruflicher Kenntnisse weiterhin Ausbeutung und sexueller Gewalt ausgesetzt.

Perspektiven

Die Migration der Chin ist weder erzwungen noch freiwillig; ausgelöst wird sie durch Diskriminierung und Gewalt. Auch in der nahen Zukunft wird der Flüchtlingsstrom der Chin aus ihrem Gebiet kaum zu stoppen sein, da der Prozess eine Eigendynamik entwickelt hat und die Push-Faktoren, die die Chin zur Migration treiben, weiterhin bestehen. Kurzfristig empfiehlt sich daher, für ein sicheres Umfeld in Malaysia, Indien und Thailand zu sorgen. Langfristig kann Myanmar den Migrationsstrom nur stoppen, wenn es sich zu einem Rechtsstaat entwickelt, der seiner Bevölkerung soziale, wirtschaftliche und politische Sicherheit bietet.

Die wirtschaftliche Lage ist nur einer von vielen starken Push-Faktoren. Was die Chin jedoch wirklich benötigen, ist positive Freiheit, das heißt die Freiheit, ihr Leben selbst zu bestimmen, die Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen und Ziele zu setzen, ihre Zukunft mithin selbst zu gestalten. Auch positiver Friede ist notwendig: die Rahmenbedingungen für einen Frieden mit Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, einschließlich Zugang zu Nahrungsmitteln und sauberem Wasser, Bildung für alle, Schutz der körperlichen Unversehrtheit und die Wahrung der unverletzbaren Menschenrechte.

Die optimale langfristige Lösung, um der irregulären Migration und der Flucht aus Myanmar Einhalt zu gebieten, ist politischer Natur: Die neue zivile Regierung des Landes müsste die Ursachen des Konflikts offen benennen und mit politischen Maßnahmen angehen. Sie muss systematisch und unter dem Vorzeichen der Gleichberechtigung eine wirtschaftliche und soziale Infrastruktur für die Chin schaffen. Zentral ist dabei die Verabschiedung von Gesetzen, die den religiösen und ethnischen Minderheiten in Myanmar Grundrechte garantieren. Die Regierung muss zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaftlern und Fachleuten in den relevanten Bereichen Gesetze erlassen und Maßnahmen entwickeln, die für die Chin eine nachhaltige Entwicklung sicherstellen.

Regierung und Umsetzungspartner müssen die Rechte und das Wohlergehen von Flüchtlingen wahren und schützen und langfristige Lösungen und Maßnahmen wie freiwillige Rückkehr, lokale Integration und Umzug in Drittländer fördern, damit die Flüchtlinge ein Leben in Friede und Würde aufbauen können. Flüchtlinge sollten nicht zur Rückkehr gezwungen werden, solange die Ursachen der Migration aus ihrem Heimatland nicht analysiert und beseitigt wurden.

Literatur

- Battistella, G. (2002): Unauthorised Migrants As Global Workers in ASEAN. Bangkok: IUSSP Regional Population Conference...
 - Chulalongkorn University.
- BBC News (22. April 2013): Timeline: Reforms in Burma. http://www.bbc.com/news/ world-asia-16546688
- Ducanes, G & Abella, M. (2008): Labor Shortage Responses in Japan, Korea, Singapore, Hong Kong, and Malaysia: A Review and Evaluation. Bangkok: Asian Regional Programming on governance of Labour Migration. ILO.
- Eyth, A. N. (Winter 2013): Organizers' Forum: The Chin People and State. http://www.socialpolicy.org/ component/content/article/ 4-latest-issue/650-the-chin-peopleand-state-an-overview
- Galtung, J. (1967): «Theories of Peace», International Peace Research Institute, Oslo, 17.
- Harris, John R. & Todaro, Michael P. (1970): «Migration, Unemployment and Development: A Two-Sector Analysis», American Economic Review 60 (1): 126-142
- Khaipi (21. August 2010): Can Migration Be Construed as Development for Chin People? Chinland Guardian. http://www.chinlandguardian.com/ index.php/commentary-opinion/ item/304-can-migration-beconstrued-as-development-forchin-people
- Khaipi (21. September 2013): Give Peace A Chance In Myanmar. Chinland Guardian. http://www.chinlandguardian.com/ index.php/commentary-opinion/ item/1926-giving-peace-a-chancein-Myanmar
- Massey, Douglas S et al. (1993). Theories of International Migration: A review and Appraisal. Population and Development Review, 19 (3), S. 431-466
- MTUC (2008): Country Report: Migrant Workers Situation in Malaysia. http://www.jil.go.jp/foreign/ countryreport/2005_1107/ malaysia_e.pdf

- Project MAJE (2007): We Built This City: Workers from Myanmar At Risk in Malaysia. http://www.projectmaje.org/ malaysia.htm.
- Sakhong, L. H. (2003): In Search Of Chin Indentity: A Study in Religion, Politics and Ethnic Identity in Myanmar. Dänemark: Nordic Institute of Asian Studies.
- Somwong, Pranom und Huberlant, Marie (2008): Undocumented migrants and refugees in Malaysia: Raids, Detention and Discrimination. Selongor, Malaysia: FIDH-SUARAM, S. 6
- UNHCR (2011): Thailand: UNHCR Global Appeal 2011 Update. http://www.unhcr.org/cgi-bin/ texis/vtx/home/opendocPDF. pdf?docid=4cd970109.
- UNHCR (2012): Trends at A Glance: Displacement - The New 21 Century Challenge. Genf: Field Information and Coordination Support Section Division of Program Support and Management, UNHCR. http://www. unhcr.org/51bacb0f9.html
- UNDP (2013): A Regional Perspective On Poverty in Myanmar. (S. 15). Yangon: UNDP. DOI: http://www.se.undp.org/ content/dam/sweden/Rapporter/ A regional perspective on poverty in Myanmar.pdf.
- UNHCR Staff (10. September 2013): Interview von Khen Suan Khai. Overall Situation of Irregular Myanmar Migrants in Malaysia.
- UNHCR (2013): 2014 UNHCR Country Operations Profile -Myanmar: Statistical snapshot. http://www.unhcr.org/ pages/49e4877d6.html
- UNHCR, Malaysia: Refugee Chindren And Education. http://www.unhcr.org.my/ refugeeMsia.htm.
- WCRWC (2008): Desperate Lives: Burmese Undocumented Migrant Women Struggle to Make a Living in Malaysia. Kualalumpur. Women's Commission for Refugee Women and Children.

Burma Link (23. Dezember 2013): International Response to Recent Reforms, Abgerufen am 12. August 2014: http://www.burmalink.org/ background/recent-developments/ international-response-to-recent-reforms/ BBC News (22. April 2013). Timeline: Reforms in Burma, Abgerufen am 12, August 2014: http://www.bbc.com/news/world-asia-16546688

[«]Chin Titanic» – Am 21. Dezember 2007 wurde berichtet, dass nach dem Zusammenstoß einer Fähre mit einem Fischerboot 45 von 100 Chin-Passagieren aus Myanmar vermisst werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Vermissten ertrunken sind.

Thailand Schlecht bezahlt und ohne Rechte

Schlecht bezahlt und ohne Rechte

Wanderarbeiter in der thailändischen Fischereiindustrie

Supang Chantavanich und Samarn Laodumrongchai

Das amerikanische Außenministerium prangerte in seinem jüngsten Bericht zu Menschenhandel, dem Trafficking in Persons (TIP) Report 2014, die Ausbeutung von Wanderarbeitern in der thailändischen Fischereiindustrie an und stufte Thailand daraufhin auf die dritte und niedrigste Ebene herab. Erschwerend komme hinzu, so der Report, dass weder der thailändische Staat diese Arbeiterinnen und Arbeiter zu schützen vermag noch die thailändische Justiz die Menschenhändler strafrechtlich verfolgt.

Der Fischereisektor spielt in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Thailands eine bedeutende Rolle: Dank umfangreicher Investitionen in Ausrüstung, Anlagen und Infrastruktur ist er in den vergangenen vier Jahrzehnten enorm gewachsen. 1999 stieg Thailand zum weltweit führenden Exporteur für zum Verzehr dienende Fischereierzeugnisse auf (FAO 2009). 2010 rangierte der thailändische Fisch- und Fischereiexport im Wert von 7 Milliarden US-Dollar an dritter Stelle weltweit nach China und Norwegen (FAO 2012b: 71). Die Branche ist jedoch unzureichend reguliert und leidet unter überalterten Gesetzen, unklarer und inadäquater Abgrenzung territorialer Zuständigkeiten und an unzureichender Ausstattung und Kapazitäten der Behörden. Die Überfischung der Gewässer, die Ausbeutung und Misshandlung von Arbeitern – bis hin zu Zwangsarbeit und Menschenhandel – sind die Folge. Die Hochseefischerei ist bereits aufgrund ihrer geographischen Ausdehnung nur schwer zu kontrollieren. Wenn, wie in

Thailand, noch Personal und Ausrüstung

fehlen, sind behördliche Inspektionen der

Arbeitsbedingungen praktisch unmöglich ganz zu schweigen von dem mangelnden Problembewusstsein und dem fehlenden politischen Willen auf staatlicher Seite.

Seit den späten 1980er Jahren haben

sich Beschäftigungsstruktur und Arbeitsbedingungen im Fischereisektor stark verändert. Nach dem verheerenden Taifun im Jahr 1989 und angesichts sinkender Gewinne pro Einheitsfang («catch per unit of effort» - CPUE), steigender Kraftstoffkosten (Panjarat 2008) und besserer Bildung hat die thailändische Bevölkerung kaum Interesse an einer Beschäftigung in der Fischereiindustrie. Diese Lücke im Arbeitsmarkt entstand parallel zu zunehmenden strukturellen Unterschieden in der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Thailand und seinen Nachbarn, was dazu geführt hat, dass die früher rein thailändischen Bootsbesatzungen heute meist aus illegalen Wanderarbeitern aus Myanmar und Kambodscha bestehen. Aber auch der Rückgriff auf irreguläre Wanderarbeiter konnte den Arbeitskräftemangel in der Fischereiindustrie nicht beheben. 2008 schätzte der thailändische Industrieverband, dass in der Fischerei und der Fischverarbeitung circa 10000 Arbeitskräfte fehlen (Mirror Foundation 2011). Laut Schätzungen der National Fisheries Association of Thailand (NFAT) aus dem Jahr 2012 werden gar 50 000 Arbeiterinnen und Arbeiter gebraucht, um den Personalbedarf zu decken. Im letzten Jahrzehnt sind zwar die Fänge geschrumpft und die Treibstoffpreise gestiegen, was das Wachstum der Industrie einbrechen ließ, dennoch ist der Arbeitskräftebedarf kaum gesunken. Schlechte Bezahlung und harte Arbeitsbedingungen schrecken potenzielle

ist einer der wesentlichen Faktoren, der zu Betrug, Zwangsarbeit und Menschenhandel in dem Sektor führt. Da die Fischerboote weder in einem bestimmten Hafen noch in einer bestimmten Provinz registriert sind, gibt es kaum belastbare Daten über sie oder zu den Beständen, die als Basis für die effiziente Bewirtschaftung der thailändischen Gewässer bzw. der Regulierung der gesamten Fischereiindustrie dienen können. Thailändische Fischerboote, die in einheimischen und internationalen Gewässern fischen möchten, sind zur Registrierung bei der Fischereibehörde in Bangkok verpflichtet, wodurch Bootsbewegungen in die und aus den Häfen kontrolliert werden können. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Einwanderungsbehörde, die erforderlichen Papiere der Crews, einschließlich Pässe und Seefahrtsbücher, zu überprüfen, wenn sie in internationalen Gewässern fischen. Tatsächlich gibt es weder systematische Registrierungen noch die systematische Überprüfung der Papiere (Mirror Foundation 2011). Interne der Royal Thai Marine Police schätzen, dass etwa 50000 Fischerboote aus thailändischen Seehäfen auslaufen, von denen jedoch nur etwa 20 000 bei der Fischereibehörde registriert sind.

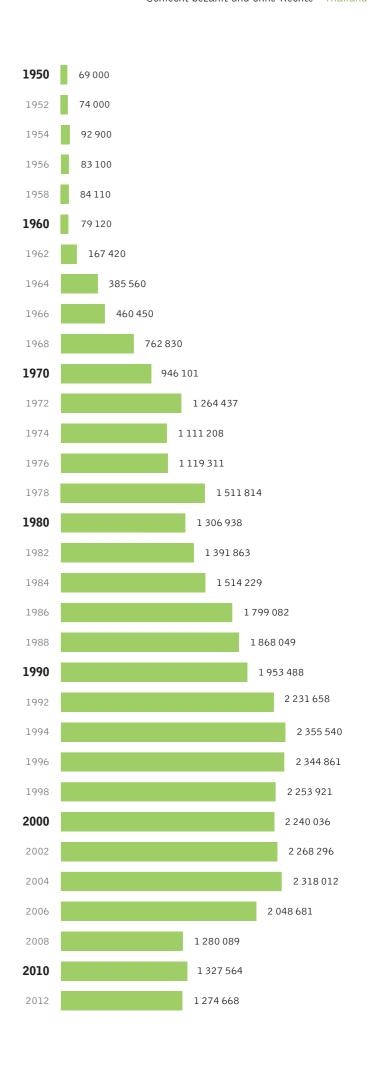
Arbeitnehmer ab. Der Arbeitskräftemangel

Im Jahr 2013 hat das Asian Research Center for Migration (ARCM) gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) die Beschäftigungspraktiken und Arbeitsbedingungen im thailändischen Fischereisektor untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die meisten Wanderarbeiter in diesem Bereich aus Myanmar und Kambodscha kommen und dass mehr als die Hälfte der Fischer keine Papiere haben und somit irreguläre Wanderarbeiter sind. Der Bericht bestätigte zwar Fälle von Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Menschenhandel, wie sie bereits im amerikanischen TIP-Report beschrieben wurden, kam aber zu dem Ergebnis, dass das Problem nicht so verbreitet ist, wie zunächst angenommen. Die meisten Crew-Mitglieder auf den Fischer-

Fischereierzeugnisse in Thailand, 1950 bis 2012

Die Zahlen rechts beziehen sich ausschließlich auf Meeresfische und enthalten keine anderen Meerestiere, Muscheln etc. Alle Angaben in metrischen Tonnen.

> Quelle: FAO, Fisheries Statistics, Global Production Statistics http://www.fao.org/fishery/statistics/ global-production/en

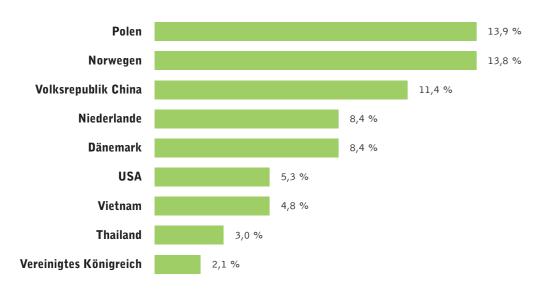


Supang Chantavanich ist Acting Director des Asian Research Center for Migration am Institute of Asian Studies, Universität Chulalongkorn, Bangkok. Ihren Doktortitel in Soziologie erwarb sie an der Universität Grenoble II in Frankreich. Ihre Forschung umfasst die Themen Flüchtlinge, Arbeitsmigration, Zwangsarbeit und Menschenhandel, Naturkatastrophen und Migration Jüngste Veröffentlichungen: «A Survey of Migrant Worker Employment Practices in the Thai Tuna Processing Sector» (2014), «Employment Practices and Working Conditions in Thailand's Fishing Sector» (ILO 2013) und «On the Move: Critical Migration

Samarn Laodumrongchai

Themes in ASEAN» (2013).

ist Wissenschaftler am Asian Research Center for Migration des Institute of Asian Studies, Universität Chulalongkorn in Bangkok. Er hat einen Master in Soziologie der National Taiwan University. Er ist unter anderem Ko-Autor von «Employment Practices and Working Conditions in Thailand's Fishing Sector» (ILO 2013) und «Regulating Recruitment of Migrant Workers: an Assessment of Complaint Mechanisms in Thailand» (ILO 2012)



Fischimporte in Deutschland

Abgebildet sind die wichtigsten Lieferländer für Fisch in Deutschland nach Einfuhrvolumen, Diese Angaben unterscheiden jedoch nicht zwischen Fisch, der in dem jeweiligen Land gefangen oder nur verarbeitet wurde. In Polen zum Beispiel wird ein beträchtlicher Teil des nach Deutschland importierten Lachses geräuchert, während China in erster Linie Fischfilet für die Tiefkühlindustrie liefert.

Deutschland importierte 2011 fast zwei Millionen Tonnen Fisch im Wert von 3.5 Mrd. Furo. 59 Prozent der Fischimporte stammen aus Nicht-EU-Ländern.

Quelle: Fischwirtschaft Daten und Fakten 2012, Fisch-Informationszentrum e.V., Hamburg, www.bis-bremerhaven.de/sixcms/media.php/631/ Daten_und_Fakten_Fischwirtschaft%202012.pdf

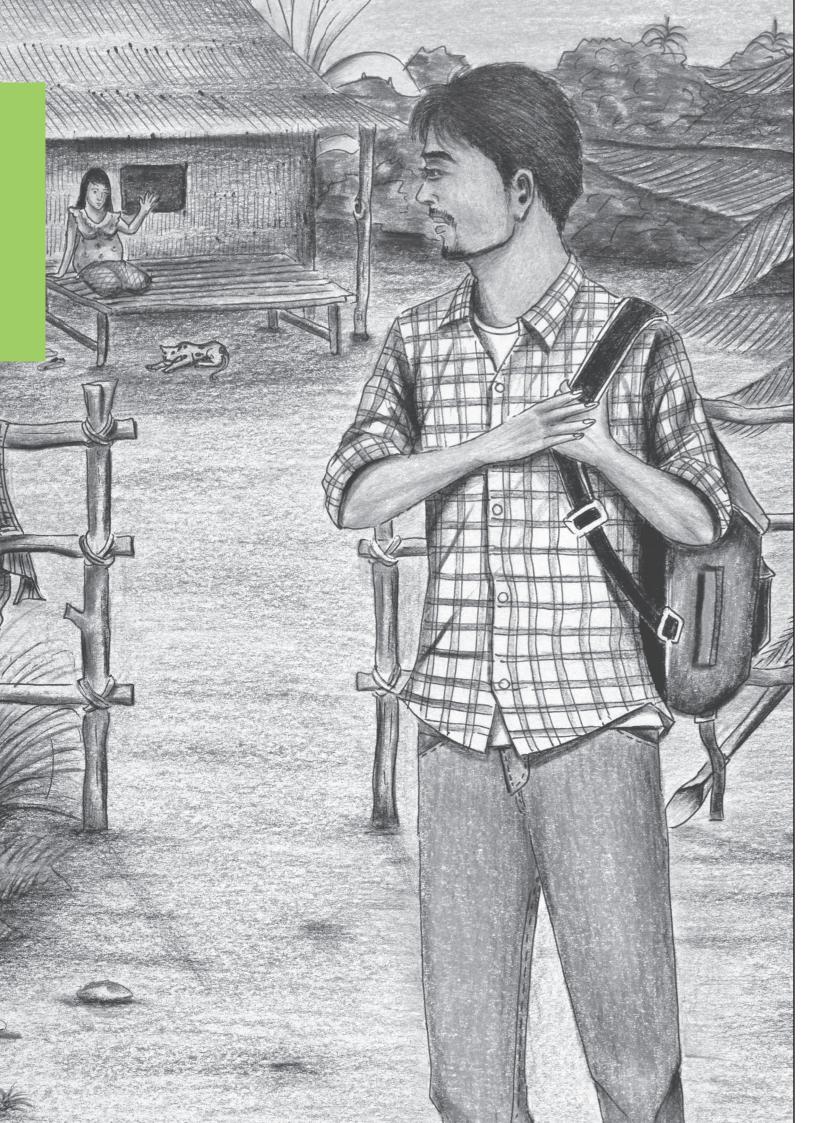
booten möchten ihre Arbeit behalten und sich weiterhin ihren Lebensunterhalt mit dem Fischen verdienen. Dennoch muss die Politik das Problem der Ausbeutung zügig und professionell angehen. Thailand muss zunächst Maßnahmen gegen gefährliche Arbeitsbedingungen auf See ergreifen, die Inspektionen ausweiten, um der Ausbeutung der Fischereiarbeiter Einhalt zu gebieten, und dafür sorgen, dass alle Wanderarbeiter

in der Fischereiindustrie registriert werden, damit auch sie durch die Arbeitsgesetze geschützt werden. Darüber hinaus muss Thailand die Kooperation sowohl mit den Herkunftsländern der Wanderarbeiter als auch mit jenen Ländern suchen, in deren Gewässern die thailändischen Fischerboote auf Fang gehen. Der jüngste Exodus von mehr als 200000 kambodschanischen Wanderarbeitern ist nur ein Beispiel für die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts- und den Zielländern, die ein effizientes Management der Arbeitsmigration behindert. Weiterhin ist die Novellierung der überalterten Gesetzen und Vorschriften in der Fischereiindustrie notwendig, die eine angemessene Selbstregulierung der Fischereiindustrie behindern. Thailand befindet sich gerade an einem Punkt, an dem die Weichen gestellt werden in Richtung wirtschaftlicher Produktivität einerseits und politischer Entwicklung und Transparenz andererseits. Und genau hier zeigen sich in besonderer Deutlichkeit die Herausforderungen, die Thailand nach endlos erscheinenden Jahren der Konflikte und nach dem Staatsstreich des Militärs meistern muss.

Literatur

- Anti-Trafficking in Persons Act, B.E 2551 (2008).
- Chantavanich, S. (2014): «Slavery ranking should galvanize us all», The Bangkok Post, 24. Juni 2014
- Chantavanich, S., Laodumrongchai, S., Harkins, B., Jitpong, W., Yothinneeranath, P., Tunon, M., und Olsen, A. (2014): Employment **Practices and Working Conditions** in Thailand's Fishery Sector. Asian Research Center for Migration and International Labour Organization, Bangkok.
- Chantavanich, S., Vungsiriphisal, P., and Laodumrongchai, S. (2007): Thailand policies towards migrant workers from Myanmar Asian Research Center for Migration, Bangkok.
- Food and Agriculture Organization (FAO) 2009: National fishery sector overview: Thailand (Rom).
- (2012a): Fishery and aquaculture country profiles: Thailand (Rom).
- (2012b): The state of world fisheries and aquaculture 2012 (Rom).
- ILO: Übereinkommen über Zwangsarbeit, Nr. 29 (1930).
- George, Mary (2012): «Fisheries Protections in the Context of the Geo-Political Tension in the South China Sea». Journal of Maritine Law and Commerce. 43 J.Mar.L & Con, 85

- Janofsky, A. (2012): «Thailand: The overfishing underclass», http://pulitzercenter.org/reporting/ thailandoverfishing-humantrafficking-shrimp-exportingaquaculture (15. September 2012).
- The Labor Protection Act, B.E. 2541 (1998)
- Mirror Foundation (2011): Trafficking and Forced Labour of Thai Males in Deep-Sea Fishing. Mirror Foundation, Bangkok.
- Panjarat, S. (2008): Sustainable Fisheries in the Andaman Sea Coast of Thailand, United Nations Office of Legal Affairs, New York
- Southeast Asian Fisheries Development Center (SEAFDEC) (2012): SEAFDEC annual report. Samut Prakarn province.
- Work in Fishing Convention, 2007 (Nr. 188).
- Work in Fishing Recommendation, 2007 (Nr. 199).



Drei Jahre auf hoher See

Der Fall Prum Vannak

Manfred Hornung

Im Jahr 1989 brachte der Taifun Gay Tod und Zerstörung über den Golf von Thailand: 200 Fischerboote sanken und Hunderte von thailändischen Fischern, die meisten aus den ärmeren Gegenden des Nordostens, ertranken oder sind seitdem verschollen. Die unfassbare Naturkatastrophe hinterließ jedoch nicht nur Verwüstung, sondern auch Angst. Praktisch über Nacht kollabierte der Arbeitsmarkt in der Fischereiindustrie. Wo sollten die Bootsbesitzer die Arbeitskräfte für ihre Boote hernehmen? Fündig wurden sie in Myanmar, Kambodscha und Laos. Seitdem ist der thailändische Fischereisektor enorm gewachsen - ein Wachstum, das mit einem unablässigen Strom von Wanderarbeitern gefüttert werden muss. Menschenhändler, oft in Zusammenarbeit mit den Behörden, sorgen für kontinuierlichen Nachschub von Arbeitskräften. Dies ist die Geschichte eines kambodschanischen Fischers, einer von Tausenden von Männern aus unzähligen Dörfern des Landes.

Hintergrund

Ich lernte Prum Vannak Ende Dezember 2009 auf der Polizeiwache in Mukah kennen, einem Küstenstädtchen in der ostmalaysischen Provinz Sarawak auf der Insel Borneo. Damals arbeitete ich für die kambodschanische Nichtregierungsorganisation LICADHO, die mit der Unterstützung eines Netzwerks von Partnerorganisationen aus der Region kambodschanischen Fischern half, die von Menschenhändlern an die thailändische gewerbliche Fischerflotte verkauft worden waren. Viele der kambodschanischen Fischer, die zur Arbeit auf thailändischen Hochsee-Trawlern im südchinesischen Meer gezwungen wurden, springen über Bord, sobald sie die Küste von Sarawak, Sabah oder Brunei sehen – nach monatelanger Ausbeutung und Misshandlung auf See. Diese Männer versuchen ganz wörtlich, sich «frei zu schwimmen», und ihre größte Hoffnung ist es, schnell und mit behördlicher Unterstützung wieder zu ihren Familien in ihr Heimatland zurückkehren zu können. Doch für viele von ihnen geht das Martyrium weiter: Wenn sie überhaupt die Küste lebend erreichen, werden sie nicht nach Kambodscha zurückgeschickt, sondern entweder auf Palmölplantagen auf Sarawak weiterverkauft oder die «Rückführung» erfolgt durch Händler, die von den Familien der Opfer Geld erpressen – und dabei mit den Behörden unter einer Decke stecken. Vor diesem Hintergrund war der Fall Prum Vannak nichts Ungewöhnliches. LICADHO und seine Partner hatten im Laufe der Jahre viele solcher Fälle bearbeitet. Und doch: Es sollte sich zeigen, dass Vannaks Geschichte außergewöhnlich ist.

Das Leben in Kambodscha

Aufgewachsen ist Vannak in der Provinz Kampong Thom nach dem Ende des Regimes der Roten Khmer und während einer Zeit, die er die «vietnamesische Besatzung» nennt. Er erinnert sich noch genau daran, wie er seinen ersten Bleistift geschenkt bekam - von einem vietnamesischen Soldaten. Als Kind malte er immer gerne. Seine Eltern können sich das Schulgeld für ihn

Manfred Hornung leitet seit September 2014 das Südostasien-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Bangkok. Zuvor hat er über einen Zeitraum von circa zwei Jahren das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Kambodscha geführt. Er ist seit mehreren Jahren in der Region tätig, u.a. in Laos, wo er sich im Rahmen eines Projekts der Vereinten Nationen heim nationalen Gerichtshof in Vientiane mit der Ausbildung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwälteninnen und Staatsanwälten beschäftigte. In Kambodscha war er für das Menschenrechtskommissariat der Vereinten Nationen und die kambodscha nische Nichtregierungsorganisation LICADHO tätig. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren regionale Arbeitsmigra tion, Menschenhandel, Landrechtsfragen und Justizreform.

Thailand Drei Jahre auf hoher See

Drei Jahre auf hoher See Thailand 29

nicht leisten und schicken ihn zur Großmutter, mit deren Unterstützung er einige Jahre in die Schule geht. Mit 14 verlässt er seine Familie. Er zieht kreuz und quer durch Kambodscha, schläft in Pagoden, ist eine Zeit lang Mönch und eine Zeit lang Soldat. Nach seiner Entlassung aus der Armee geht er nach Siem Reap in der Nähe der Tempel von Angkor Wat, wo ihn die uralten Steinreliefs so faszinieren, dass er Steinmetz lernt. Er versucht eine Weile, von seinem Handwerk zu leben, kann aber seine junge Familie – er ist 29, verheiratet und wird bald Vater – nicht ernähren.

Vannak macht sich Sorgen. Wie soll er seine Familie durchbringen? Wovon soll er die Entbindung zahlen? Also macht er sich im Juni 2006 auf den Weg an die thailändisch-kambodschanische Grenze, denn dort soll es Arbeit geben. Er kennt sich in der Region ganz gut aus, denn er hat sich früher einmal als Saisonarbeiter dort verdingt. Er verspricht seiner Frau, die im 7. Monat schwanger ist, rechtzeitig zur Entbindung zurück zu sein - mit dem dringend benötigten Geld. Enttäuscht muss er feststellen, dass es keine Arbeit gibt. In dieser schwierigen Situation spricht ihn ein Mann aus dem Dorf an: Er könne Vannak eine Arbeit auf der thailändischen Seite der Grenze verschaffen. Ein Schlepper soll ihn über die Grenze bringen.

Über die grüne Grenze

Nachts wird er zusammen mit vielen anderen Männern, Frauen und Kindern über die Grenze geschleust. Auf der thailändischen Seite warten bereits mehrere Lastwagen. Wie Brennholz seien sie auf die Ladeflächen gepackt und dann mit einer Plane zugedeckt worden, erzählt Vannak. Die Wagen fahren die ganze Nacht, immer weiter ins Land hinein. Da spürt Vannak zum ersten Mal, dass hier etwas nicht stimmt.

Als der Lastwagen endlich anhält, wird eine Gruppe kambodschanischer Männer, darunter auch Vannak, zu einem Haus gebracht, wo sie alle in einem Raum eingesperrt werden. Das Haus ist schwer bewacht, niemand darf hinaus. Nach einigen Tagen Gefangenschaft erhalten Vannak und einige der anderen Männer Seemannskleidung und werden zu einem Hafen in der Nähe gebracht, wo sie auf einen Fischtrawler gezwungen wurden. Vannak weiß damals nicht, dass er, wie viele seiner Landsleute vor ihm, in einem bewachten Lager in der thailändischen Provinz Samut Prakan ist, von dem aus die Menschenhändler ihre menschliche Beute an die thailändische Hochsee-Fischereiflotte verkaufen. Was Vannak jedoch erkennt, ist die Tatsache, dass er gefangen ist, ohne Möglichkeit der Flucht. Zu diesem Zeitpunkt kann er noch nicht wissen, dass sein Martyrium fast vier Jahre dauern sollte.

Der Trawler läuft aus und nimmt Kurs auf die Fischgründe im Südchinesischen Meer. Zwölf Männer unterschiedlicher Nationalitäten – darunter Myanmarer, Thailänder und Kambodschaner – bilden die Crew. Der Kapitän, der Erste Ingenieur und der Vorarbeiter sind Thailänder – und sie tragen Waffen.

Ausbeutung auf dem Fischtrawler

Ausbeutung und Misshandlungen sind für Vannak auf dem Trawler an der Tagesord-

nung. Er wird geschlagen, er muss arbeiten, auch wenn er krank ist; für die Arbeiter gibt es keine Medikamente an Bord. Die Männer kümmern sich rund um die Uhr um die beiden Netze, die regelmäßig von der Seite des Boots eingeholt werden müssen. Die Fische werden an Bord geladen und gleich verarbeitet. Wird einmal nicht gefischt, müssen die Arbeiter die Netze flicken oder Reparaturen am Trawler vornehmen. Pro Tag gibt es für die Mannschaft selten mehr als drei Stunden Ruhepause. Die Androhung von Gewalt, Prügel und Demütigung gehören zum Alltag an Bord und begleiten Vannak die gesamte Zeit auf dem Trawler. Lohn erhalten die Arbeiter nicht.

Der Fischtrawler legt nie an, sondern wird auf hoher See von «Mutterschiffen», wie Vannak sie nennt, versorgt: Sie bringen Lebensmittel, Wasser, Diesel und frische Arbeitskräfte und nehmen den Fang mit zurück an die thailändische Küste, wo er weiterverarbeitet wird. Vannak bietet sich nie eine Gelegenheit, sein schwimmendes Gefängnis zu verlassen. Er fleht den Kapitän an, ihn mit einem der Mutterschiffe gehen zu lassen, was ihm nur Prügel mit einer Peitsche aus dem Schwanz eines Stachelrochens einbringt. Nach drei Jahren auf dem Trawler ergibt sich die erste Möglichkeit zur Flucht.

Flucht und erneute Gefangenschaft

Im August 2009 ankert das Boot in Sichtweite zur Küste. Vannak und ein weiterer Fischer beschließen, ihr Glück zu versuchen und zu fliehen, obwohl sie nicht wissen, wo genau sie sich befinden. Sie wollen nachts, im Schutz der Dunkelheit, von Bord sprin-

gen. Sie merken sich, welche Bootsseite zum Land zeigt und bereiten insgeheim zwei leere Plastikkanister als Floß vor. Als sie ins Wasser springen, ist es dunkelste Nacht. Vannak erzählt, er sei so in Panik gewesen, dass er überhaupt keine Ahnung hatte, wie lange es dauerte, bis sie die Küste erreichten. Am nächsten Morgen entdecken ein paar Männer die beiden Flüchtlinge am Strand und bringen sie zur nächsten Polizeistation.

Dort erfährt Vannak, wo er ist: in Sarawak in Malaysia. Er versucht, den Polizisten verständlich zu machen, dass er aus Kambodscha kommt und nur nach Hause will. Kurze Zeit später tauchen Männer in Zivil auf und sprechen mit den Polizisten. Sie nehmen Vannak und seinen Freund in ihrem Auto mit und liefern die beiden auf einer Palmölplantage ab. Auf der Plantage treffen sie mehrere Männer aus Kambodscha, Thailand und Myanmar, die ebenfalls Fischer waren und von Bord gesprungen sind. Erneut ist Vannak gefangen im Netz von Zwangsarbeit und Menschenhandel.

Rückkehr

Ende November 2009 kommt es auf der Plantage zu einem Streit, bei dem Vannak und ein anderer Kambodschaner mit einem Messer angegriffen werden und schwere Kopfverletzungen erleiden. Da sie nicht arbeiten können und somit keinen «Wert» mehr darstellen, liefert der Plantagenbesitzer die beiden an die Polizei in Sarawak aus. Die Polizei informiert eine malaysische Nichtregierungsorganisation, die in Not geratenen ausländischen Wanderarbeiten hilft. Diese Organisation, ein Netzwerkpartner, wendet sich umgehend an LICADHO.

Thailand Drei Jahre auf hoher See

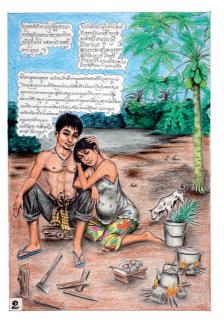
Also fahren wir nach Mukah, um mit der Polizei sowie mit Vannak und dem anderen Mann zu sprechen, ihre Fälle aufzubereiten und uns für ihre Rückführung einzusetzen. Im Rahmen dieser Reisen besuchen wir in Sarawak so viele Polizeistationen und Gefängnisse wie möglich und tatsächlich lernen wir dabei Dutzende von anderen kambodschanischen Fischern kennen, die in derselben Situation wie Vannak sind.

Das malaysische Gesetz gegen den Menschenhandel (Anti-Trafficking in Persons Bill – ATIP-Bill) aus dem Jahr 2007 gehört regional zu den fortschrittlichsten Gesetzen des Opferschutzes. Leider wird es von den malaysischen Behörden selten angewendet. Stattdessen greifen die Behörden bei Fällen von Menschenhandel mit ausländischen Fischern meist auf das wesentlich stärker auf harte Bestrafung ausgelegte Einwanderungsgesetz zurück. Aufgabe von LICADHO ist es, die Fälle juristisch vorzubereiten und die Behörden zu überzeugen, die kambodschanischen Fischer unter den Schutzklauseln der ATIP-Bill in ihre Heimat zurückzuführen, anstatt sie unter dem Einwanderungsgesetz zu Gefängnis- und Prügelstrafe zu verurteilen.

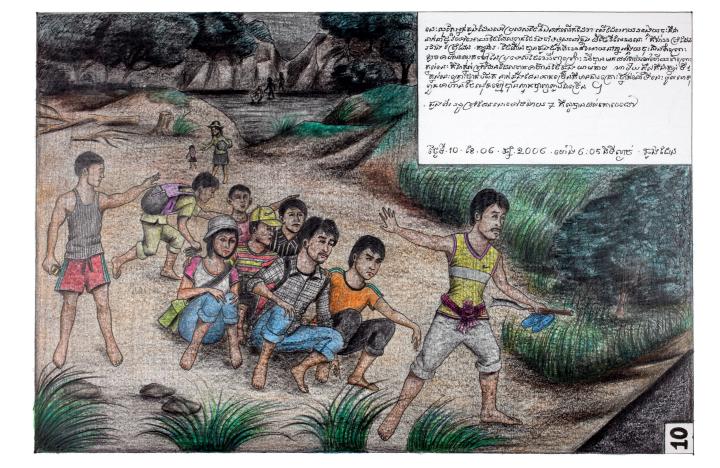
Wichtiger noch als der Rechtsbeistand für die Opfer ist es, dass die zivilgesellschaftlichen Netzwerke der Polizei und den Einwanderungsbehörden sowohl in Malaysia als auch in Kambodscha klar machen: «Ihr steht unter öffentlicher Beobachtung! Externe Stellen schauen euch auf die Finger und beobachten genau, wie ihr die einzelnen Fälle handhabt.» Besteht eine Akte, in der die betroffene Person als Opfer von Menschenhandel geführt wird, und sind Name und Geschichte der Person festgehalten, bedeutet dies unverzüglich besseren Schutz der Opfer. Illegale kambodschanische Migranten werden üblicherweise zu drei Monaten Haft und einem Stockschlag verurteilt – um dann in den Gefängnissen von Menschenhändlern, die mit den Behörden kollaborieren, erpresst zu werden. Die Menschenhändler sagen den Inhaftierten, dass sie nur nach Hause zurückkehren können, wenn ihre Familien in Kambod-

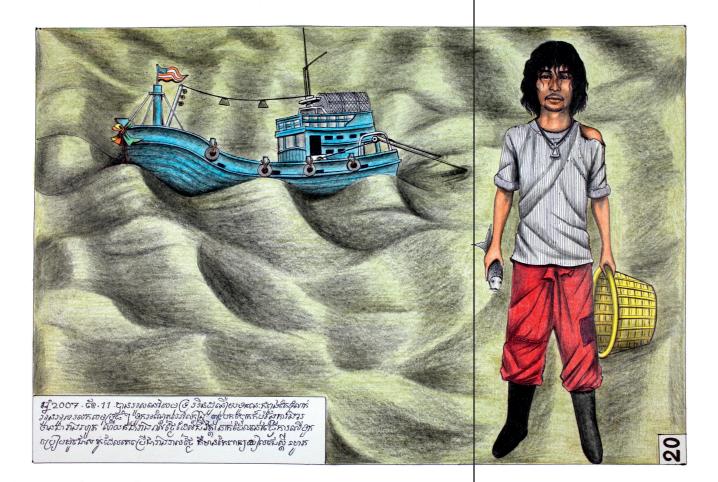
scha sie freikaufen. Sobald die Menschenhändler so an die Adressen der Familien gekommen sind, schicken sie ihre Schergen in Kambodscha los, das Geld einzutreiben. Das System funktioniert ziemlich effektiv. Nach Zahlung des Lösegeldes erfolgt die Rückführung tatsächlich meist innerhalb einer Woche. Als ich an den Fällen arbeitete, betrug das Lösegeld für einen kambodschanischen Fischer in Malaysia etwa 400 US-Dollar - für eine Familie auf dem Land in Kambodscha eine exorbitante Summe. Häufig verschuldeten sich die Familien für das Lösegeld, was nur dazu führte, dass ein weiteres Familienmitglied zum Wanderarbeiter wurde, damit die Schulden abbezahlt werden können. LICADHO und seine Partner hoffen, zumindest den Teufelskreis aus wiederholtem Menschenhandel durchbrechen und der Erpressung der Familien der Opfer ein Ende setzen zu können.

Im Frühjahr 2010, nach einem langwierigen Rückführungsverfahren, konnte Vannak endlich nach Hause. Zum ersten Mal sah er seine Tochter, die zwei Monate nach seinem Weggang im Jahr 2006 zur Welt gekommen war. Sein künstlerisches Talent half ihm, seine traumatischen Erfahrungen zu verarbeiten. Er fasste seine Geschichte in sehr berührende Bilder, von denen wir hier einige präsentieren. So begannen auch seine Familie und die Menschen um ihn herum langsam zu verstehen, was es bedeutet, ein Sklave auf einem Fischerboot zu sein. Vannak setzte sich mit seiner Kunst weiter für die Rechte der Wanderarbeiter ein und erreichte ein immer größeres Publikum. Als Anerkennung für seinen unermüdlichen Kampf gegen den Menschenhandel verlieh ihm im Jahr 2010 Hillary Clinton, die damalige Außenministerin der USA, in einer feierlichen Zeremonie eine Auszeichnung des US-State Department. Seit seiner Rückkehr nach Kambodscha hat Vannak an einer Reihe von Veranstaltungen im Ausland teilgenommen. Er arbeitet an Projekten mit nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen. Die meiste Zeit lebt er heute in Phnom Penh.

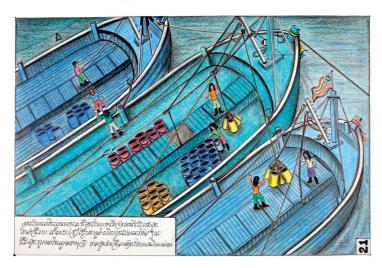


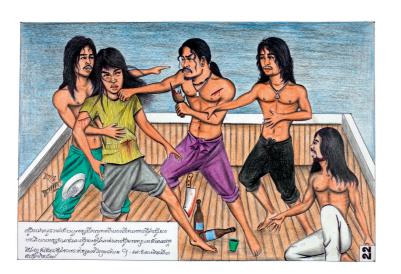










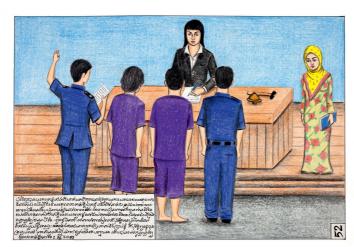


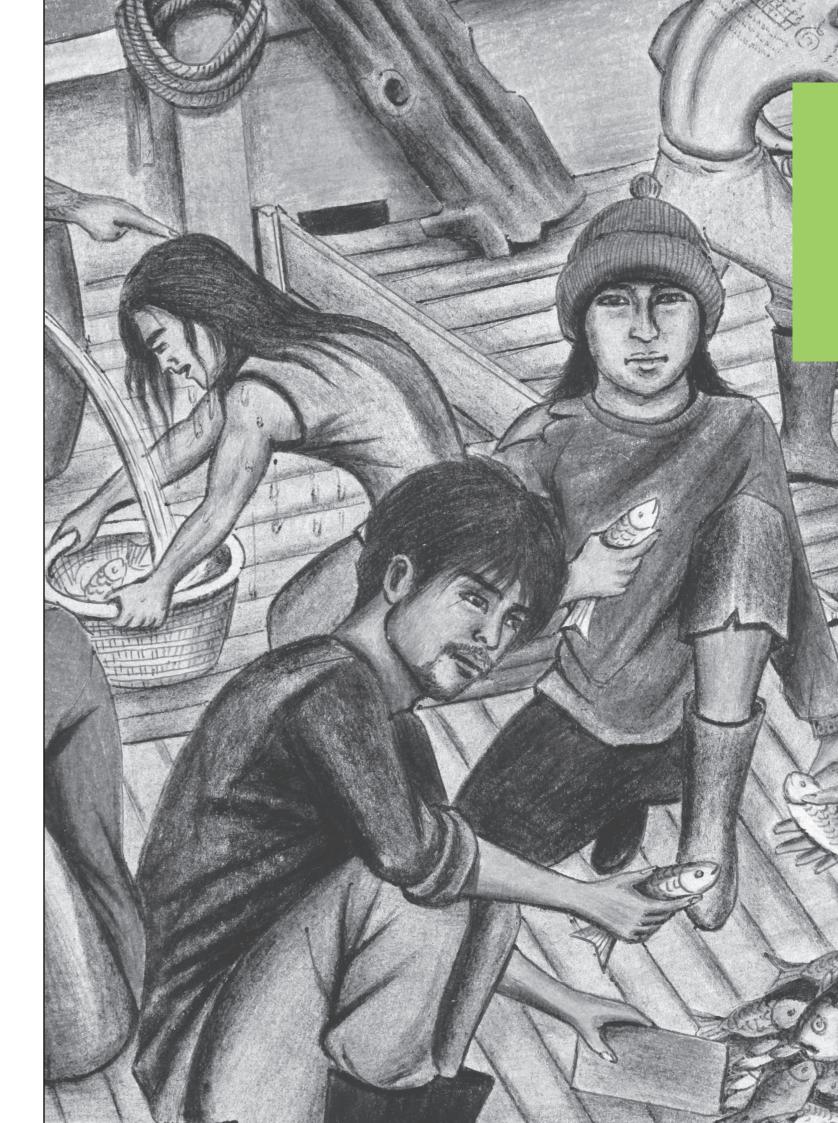












Zweihundertsechzig Millionen

Vom Leben chinesischer Wanderarbeiter/innen

Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten leben heute in Chinas Städten. Sie haben das immense Wirtschaftswachstum mit ermöglicht, doch jetzt, 35 Jahre nach Beginn der Reformpolitik, werden sie abgehängt von den Städtern, die eine gute Bildung besitzen, über höhere Einkommen verfügen und bessere Lebensbedingungen haben. Der folgende Text gibt einen Überblick über die soziale und politische Situation der chinesischen Wanderarbeiter/innen; die anschließenden Interviews vertiefen das Bild. Drei persönliche und exemplarische Geschichten machen die aktuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen chinesischer Wanderarbeiter/innen deutlich.

Chinas beispielloses Wirtschaftswachstum wäre ohne die vielen Millionen Menschen, die als billige Arbeitskräfte in die Wirtschaftszentren strömen, nicht möglich gewesen. Binnenmigration in China ist hauptsächlich Arbeitsmigration. Die als Wanderarbeiter/innen oder wörtlich «Bauernarbeiter/innen» («nongmingong») bezeichneten Arbeitsmigrant/innen verlassen ihre ländlichen Heimatregionen auf der Suche nach höheren Einkommen und besseren Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft. In den Städten arbeiten sie zumeist in Fabriken, auf Baustellen, im Dienstleistungssektor oder Gaststättengewerbe. Mit der Rücküberweisung von Teilen ihrer Einkommen leisten sie einen beachtlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung in ihren Heimatregionen.

Laut der vom Nationalen Statistikamt veröffentlichten Zahlen gab es im Jahr 2013 rund 269 Millionen «Bauernarbeiter/innen» in China, 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Rund 166 Millionen davon sind außerhalb ihrer Heimatregion beschäftigt.

Das Durchschnittseinkommen der Wanderarbeiter/innen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2012 betrug es nach offizieller Statistik 2 290 RMB [ca. 278 EUR] (11,8 Prozent mehr als im Vorjahr) und 2013 2609 RMB [ca. 316 EUR], d.h. 13,9 Prozent mehr als 2012. Gleichzeitig ist jedoch auch das Leben in den Städten teurer geworden. Allein die Mieten verzehren mittlerweile ca. 50 Prozent der gesamten Lebenshaltungskosten. Hinzu kommen inflationsbedingte Preissteigerungen. Somit schlagen sich die Lohnsteigerungen kaum in besseren Lebensbedingungen oder erhöhter Kaufkraft nieder.

Die chinesische Regierung hat in den letzten Jahren das Arbeitsrecht reformiert. Da Wanderarbeiter/innen jedoch noch immer meist informell beschäftigt sind, hat sich die Situation für sie nicht grundlegend verändert. Nach wie vor sind nur wenige im Besitz rechtsgültiger Arbeitsverträge, und soziale Absicherungen, die gesetzlich verbrieft sind, werden ihnen weiterhin vorenthalten. Zudem können sie ausstehende Löhne und Entschädigungszahlungen bei Arbeitsunfällen nur selten wirksam einklagen.

Darüber hinaus führt das seit 1958 bestehende Haushaltsregistrierungssystem («hukou»-System) zu einer institutionalisierten und strengen Trennung zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung. Obwohl Chinas Wanderarbeiter/innen teilweise seit vielen Jahren in den Städten arbeiten und leben, sind sie trotzdem nur

in Besitz eines ländlichen «hukou». Damit sind sie und ihre Familien weiterhin von vielen öffentlichen und sozialen Leistungen ausgeschlossen. Im Jahr 2013 hatten offiziell nur 15,7 Prozent der Wanderarbeiter/innen eine Rentenversicherung und nur 17,6 Prozent eine Krankenversicherung. Außerdem haben Kinder von Wanderarbeiter/innen nicht die gleichen Bildungschancen wie Kinder mit städtischem «hukou».

Seit Jahren wird sowohl in Regierungskreisen als auch unter Wissenschaftler/ innen, Intellektuellen und in den Medien über eine Reform des «hukou»-Systems diskutiert; in ausgewählten Pilotregionen werden Reformexperimente durchgeführt. Widerstand kommt jedoch oft von den Lokalverwaltungen der Städte. Sie befürchten, die entstehenden Mehrkosten für die Integration der Wanderarbeiter/innen nicht aufbringen zu können. Grundlegende strukturelle Reformen zur Aufhebung der bestehenden sozialen und rechtlichen Ungerechtigkeiten blieben deshalb bislang aus. Doch nun ist erneut Bewegung in die Debatte gekommen. Ende Juli 2014 veröffentlichte der Staatsrat ein Dokument mit umfassenden Reformankündigungen hinsichtlich einer Lockerung der bisher strikten Unterscheidung zwischen städtischem und ländlichem «hukou». Diese Unterscheidung soll zunächst insbesondere in kleineren Städten abgeschafft werden. Restriktionen für Wanderarbeiter/innen bleiben in den Metropolen allerdings weiterhin bestehen.

Materielle Unterschiede und Ungerechtigkeiten sind nur ein Aspekt. Ein weiterer ist die soziale Diskriminierung, denen sich Wanderarbeiter/innen in den Städten oft ausgesetzt sehen. Städter begegnen ihnen mit Vorurteilen und schauen auf sie herab. Das führt dazu, dass sie sich als «Bürger/innen zweiter Klasse» empfinden. Hinzu kommt die Diskussion über die sogenannte «zweite Generation von Wanderarbeiter/innen». Dabei handelt es sich um die vielen jungen Menschen, die in den Städten geboren und aufgewachsen sind und sich selbst als Stadtbewohner wahrnehmen. In den meisten Fällen haben sie keinerlei Beziehung zur ländlichen Heimatregion ihrer Eltern. Da sie jedoch lediglich einen ländlichen «hukou» besitzen, haben sie nicht die gleichen Möglichkeiten und Zugänge zu öffentlichen Gütern wie Menschen mit städtischem «hukou».

Die im Rahmen des 3. Plenums des 18. Parteitages der KP Chinas angekündigten umfangreichen Urbanisierungs-

pläne sowie die gerade veröffentlichten «hukou»-Reformpläne müssen auch mit umfassenden Reformen des Sozialversicherungssystems sowie des Bildungssektors einhergehen. Nur unter diesen Voraussetzungen können Migrant/innen erfolgreich integriert, bestehende Ungerechtigkeiten verringert und einer Polarisierung der Bevölkerung entgegengewirkt werden.

Quellen

- National Bureau of Statistics of the People's Republic of China: http://www.stats.gov.cn/tjsj/zxfb/ 201405/t20140512_551585.html
- China Labor Bulletin: http://www.clb.org.hk/en/content/ real-wages-china%E2%80%99smigrant-workers-stagnate-costliving-escalates
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bettina Gransow: «Binnenmigration in China - Chance oder Falle?»: http://www.bpb.de/ gesellschaft/migration/kurzdossiers/ 151241/binnenmigration-in-china
- Ankündigung des Staatsrates: http://www.gov.cn/zhengce/content/ 2014-07/30/content 8944.htm

Auszüge aus Interviews mit Wanderarbeiter/innen

Zu Wanderarbeiter/innen in China gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, Forschungen und Analysen. Doch nur selten kommen die betroffenen Menschen selbst zu Wort. Im Folgenden veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber Auszüge aus drei Interviews, die 2012 und 2013 in einer Interviewsammlung auf Chinesisch erschienen sind: Drei individuelle Geschichten von Menschen, die erzählen, warum sie in die Städte gezogen sind, mit welchen Herausforderungen sie dort

«Außer der Arbeit gibt's nur eins: Schlafen»

«Außer der Arbeit gibt's nur eins: Schlafen» China 39

Dong Jianzhuang (57), Peking, Bezirk Haidian, Baustelle auf dem Gelände der Peking-Universität (2. Mai 2012)

Das erste Mal traf ich Herrn Dong am Eingang der Baustelle der Firma Beijing Chengjian. Er trug eine blaue Arbeiteruniform und stand am Tor. [...] Er erzählte, dass er in den vergangenen Jahren an vielen verschiedenen Orten gearbeitet habe. Dabei habe er die jeweiligen Besonderheiten vor allem im Umgang mit den Wanderarbeitern genau beobachtet: «In einem Punkt sind fast alle Orte gleich: Überall gibt es Vorurteile gegenüber Wanderarbeitern».

Guten Tag, Herr Dong. Wie lange sind Sie schon in Peking und wie sind Sie hierhergekommen?

Dong Jianzhuang: Ich bin seit drei Monaten hier. Ein Verwandter hatte mich empfohlen. Der Chef dieses Bauunternehmens stammt – wie ich – aus der Provinz Henan. Er wohnt allerdings schon sehr lange in Peking. Die meisten Arbeiter auf dieser Baustelle stammen aus Henan.

Was ist Ihre Hauptaufgabe?

Ich bewache den Zugang zur Baustelle und sorge dafür, dass das Eigentum der Firma sicher ist. Außerdem bin ich ganz allgemein für Sicherheit verantwortlich und muss verhindern, dass Unbefugte die Baustelle betreten. Wer auf die Baustelle kommt, muss z.B. einen Schutzhelm tragen, weil die großen Maschinen hier eine Gefahrenquelle darstellen. Besucher dürfen überdies nicht rauchen. Außerdem registriere ich am Abend die ein- und ausfahrenden Bagger.

Was ist mit Ihren Arbeitszeiten? Wie lange sind Sie in der Regel hier?

Ein Kollege und ich bewachen den Eingang rund um die Uhr. Wir wechseln uns täglich in vier Schichten ab. Die erste Schicht fängt morgens um 6 Uhr an und geht bis 12 Uhr. Die folgenden Schichten gehen von 12 bis 18 Uhr, 18 bis 24 Uhr und 0 bis 6 Uhr. Wir arbeiten also beide zwölf Stunden am Tag.

Ist diese Arbeit anstrengend?

Ja, die Arbeit ist sehr anstrengend und die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Die Bagger und andere Maschinen machen viel Lärm. Außer-

dem ist die Luft sehr staubig. Unser Chef verlangt von uns, die Arbeit im Stehen zu machen. Manchmal sind wir jedoch so müde, dass wir uns einfach mal kurz hinsetzen müssen. In den paar Monaten, die ich hier arbeite, konnte ich mich noch nie richtig ausruhen. Meine Gesundheit hat bereits jetzt sehr darunter gelitten, und mein Körper will nicht mehr so richtig mitmachen.

Wie verbringen Sie die Zeit, in der Sie nicht arbeiten?

Wenn ich nicht arbeite, schlafe ich. Ich habe gar nicht die Zeit, etwas zu unternehmen. Weil die Arbeit so anstrengend ist und weil wir im Schichtsystem arbeiten, muss ich dann einfach schlafen. Ich habe ständig das Gefühl, nicht wirklich ausgeruht zu sein. Bevor ich nach Peking gekommen bin, wollte ich unbedingt auf den Platz des Himmlischen Friedens gehen, um das Porträt von Mao Zedong zu sehen. Ich hatte aber noch gar keine Zeit dafür. Selbst meine Familie hofft, dass ich das irgendwann noch schaffe. Bevor ich Peking wieder verlasse, möchte ich unbedingt dort gewesen sein.

Was hat Sie in Peking bislang am meisten beeindruckt?

Ehrlich gesagt, bin ich sehr enttäuscht. Bevor ich hierhergekommen bin, habe ich geglaubt, dass die Menschen und die Atmosphäre hier sehr interessant seien. Als ich dann ankam, musste ich jedoch feststellen, dass die Leute hier auch nicht anders sind als bei uns im Dorf. Da gibt es keine allzu großen Unterschiede. Wir leben in einer von der Wirtschaft geprägten Zeit. Es geht allein ums Geldverdienen, und da ist jedes Mittel recht. Ich habe festgestellt, dass viele Leute, die nicht von hier sind, übers Ohr gehauen werden.

Manche Leute nennen euch «neue Stadtbewohner», andere «Wanderarbeiter» oder «auswärtige Arbeiter». Wie sehen Sie diese verschiedenen Bezeichnungen?

> Wie man uns nennt, ist egal. Pekinger sind Pekinger, Wanderarbeiter sind Wanderarbeiter. Pekinger sehen uns gerne so, wie sie uns sehen wollen. Sie haben uns gegenüber Vorurteile und verachten uns. Als Zugezogene wagen wir es nicht, Ärger zu machen. Wir halten es aus, solange es geht.

Wie viel verdienen Sie?

Seit kurzem verdienen wir als Torwächter 2 100 RMB im Monat [ca. 274 Euro]. Wir wohnen in einer Baracke auf der Baustelle, fürs Essen und andere Ausgaben müssen wir selbst aufkommen.

Gibt es so etwas wie Wochenend- und Feiertagszulagen?

Wenn wir am Wochenende arbeiten, zählt das genauso viel wie die anderen Tage; für uns gibt es keine Wochenenden. Für den 1. Mai [auch in China ein Feiertag, Anm. der Red.] bekamen mein Kollege und ich 300 RMB Feiertagszulage [ca. 38 Euro]. Die Leute, die im Projektbüro arbeiten, bekamen allerdings 600 RMB. Andere haben sogar noch mehr bekommen. Wir Torwächter erhielten am wenigsten. Das ist keine Gleichbehandlung.

Was meinen Sie damit?

Wir arbeiten ja nicht weniger als die Leute im Projektbüro, aber trotzdem sind der Lohn und die Feiertagszulagen unterschiedlich. Wer gute Beziehungen zum Chef hat, bekommt eben mehr. Auch die Funktionäre verdienen mehr. Dazu kommt, dass nur jemand, der schon mehr als zwei Monate hier gearbeitet hat, eine Feiertagszulage bekommt. Viele Arbeiter sind aber nur 50 Tage hier und haben für den 1. Mai nichts bekommen.

Wird der Lohn denn rechtzeitig ausgezahlt?

Normalerweise bekommen wir am 10. des Monats unser Geld. Von meinem ersten Gehalt hat der Arbeitgeber jedoch 900 RMB [ca. 117 Euro]einbehalten, und ich weiß nicht, ob ich es zurückbekommen werde. Als ich anfing, hier zu arbeiten, wurde mir nicht gesagt, dass ein Teil des Lohns einfach einbehalten würde. Einem Kollegen von mir erging es ähnlich. Bei ihm haben sie den Lohn für ganze 20 Tage einbehalten, und er weiß nicht, ob er sein Geld jemals bekommen wird.

Wenn Sie für die Lebensmittel selber aufkommen müssen, wo gehen Sie dann essen?

Manche gehen in die Mensa der Peking-Universität, da braucht man 500 bis 600 RMB pro Monat. Ich kann mir das allerdings nicht leisten und koche meist selber in der Baracke. Zwei Kollegen und ich legen Geld zusammen, um Reis und Gemüse zu kaufen. Ich brauche dafür im Monat ungefähr 300 RMB.

Wofür geben Sie Ihren Lohn sonst aus?

Geld zu verdienen ist nicht einfach. Das Geld zerfließt einem nur so in den Händen. Abgesehen von den 300 RMB, die ich für Lebensmittel ausgebe, kaufe ich nur Dinge des täglichen Bedarfs. Ich kann pro Monat ungefähr 1500 RMB [ca. 195 Euro] sparen und nach Hause schicken. Normalerweise kaufe ich überhaupt nichts. Ich kann es mir gar nicht leisten. Ich rauche nicht, ich trinke keinen Alkohol.

Wissen Sie von der Bestimmung, dass auch Wanderarbeiter in die Krankenversicherung aufgenommen werden müssen?

Davon habe ich noch nie was gehört. Wir haben gar keine Krankenversicherung. Wenn man schwer erkrankt, muss man in seinen Heimatort zurückkehren, um sich behandeln zu lassen, weil die Kosten auf dem Land niedriger sind als in Peking.

Bekommen Sie die Kosten für die Medikamente ersetzt?

Nein, bis jetzt nicht.

Haben Sie je einen Gesundheitstest gemacht?

Nein, so etwas wird hier nicht gratis angeboten. Und wie sollen wir das aus eigener Tasche bezahlen!

Krankenversicherung für Arbeitsmigranten in Peking

Haben Sie einen Vertrag mit der Baustelle hier?

Nein, der Chef hat das mit keinem Wort erwähnt. Ich habe nichts unterschrieben und weiß auch nicht, ob das was bringen würde.

Wie lange wollen Sie auf dieser Baustelle bleiben?

Das ist schwer zu sagen. Im Grunde genommen ist es in meiner Heimat gar nicht mehr so schwer, Geld zu verdienen. Wenn ich es körperlich wirklich nicht mehr aushalten sollte, werde ich zurückgehen.

Während des Interviews konnte sich Herr Dong nicht verkneifen, mehrmals zu fragen: «Wozu soll das gut sein, dass ich Ihnen so viel erzähle? Wird sich unsere prekäre Lage dadurch verbessern? Werden die Ungerechtigkeiten verschwinden?» Ich weiß nicht, wer ihm eine positive Antwort geben könnte. Keiner der anderen Wanderarbeiter, die ich getroffen habe, hat sich so sehr um das Schicksal seiner Arbeitskollegen gesorgt wie Herr Dong. Sein Interesse für gesellschaftliche Fragen ging weit über das hinaus, was ich bisher von Menschen mit seinem Bildungshintergrund erlebt habe.

«Rückblickend war das alles umsonst»

Wei Chen, Tongzhen, Kreis Yulinjia

Wei Chen wurde in Tongzhen, im Kreis Yulinjia geboren. Im Jahr 2006, als er gerade die dritte Klasse der Mittelschule besuchte, beschloss er, die Schule abzubrechen. Er glaubte, nicht fürs Lernen gemacht zu sein. Wei Chen, einziger Sohn seiner Eltern, stammt aus ärmlichen Verhältnissen. Ihm blieb nichts anderes übrig, als sich auf die Suche nach Arbeit zu machen. Er folgte einem Verwandten, der in der Inneren Mongolei auf einer Baustelle arbeitete. Acht Jahre arbeitete er dort als Baggerfahrer.

Das erste halbe Jahr verbrachte Wei Chen mit seiner Ausbildung, um anschließend mit dem Bautrupp Straßen zu bauen. Er lernte den Umgang mit Baggerlader, Straßenwalze und Kippwagen und wie man Anweisungen erteilt. Als das Straßenbauprojekt im Jahr 2008 abgeschlossen war, bekam Wei Chens Bautrupp wegen der Finanzkrise keine neuen Aufträge mehr. Er musste sich an andere Unternehmen wenden. Auf einer neuen Baustelle arbeitete er ein Jahr rund um die Uhr mit nur wenigen Pausen. Nach Fertigstellung der Baustelle ging er nach Wushenqi, wo er weitere drei Jahre im Straßenbau arbeitete. Im Laufe der Jahre hatte er 130 000 RMB [ca. 17 000 Euro] zusammengespart.

Wenn Wei Chen heute auf diese acht Jahre zurückblickt, glaubt er, seine Jugend vergeudet zu haben. Es waren acht Jahre in einer monotonen, verlassenen Gegend. Es war wie in einem Schwarzweiß-Film. Es gab keinerlei Farben und nur Wüste.

Für das Stadtleben nicht mehr geeignet

Wei Chen, der heute 26 Jahre alt ist, kehrte schließlich nach Yulin zurück, um eine Familie zu gründen. Nach einiger Zeit merkte er, dass er nach all der Zeit in der Inneren Mongolei weder etwas Substanzielles mit seinen gut 130 000 gesparten RMB anfangen konnte noch dass er für das neue Leben in der Stadt geeignet war. [...] «Die Jahre im Bautrupp haben mich sehr geprägt. Dort musste die Arbeit sehr genau gemacht werden. In der heutigen Gesellschaft ist es jedoch sehr schwer, auf diese Weise weiterzukommen. Hier zählt nur der Schein; die ganze Gesellschaft ist eine einzige Blase. Während dieser acht Jahre habe ich mir vieles hart verdient, aber rückblickend war das alles umsonst. [...] Seit ich wieder in Yulin bin, lebe ich von meinen Ersparnissen. Ich suche zwar nach einer Beschäftigung, gleichzeitig versuche ich, mich so gut es geht zu entspannen und etwas zu finden, was mir wirklich Spaß macht.»

Als er gefragt wird, ob diese Orientierungslosigkeit unter seinen Altersgenossen nicht sehr verbreitet sei, antwortet er, dass es vielen so gehen würde und sie einfach vor sich hinlebten: «Ein paar meiner Schulfreunde haben Kinder bekommen und müssen ständig überlegen, wie sie Geld verdienen können. Wenn die Kinder krank werden und sie deshalb

«Egal wie, ich möchte nur ein bisschen Geld für meine Kinder verdienen»

Xiao Zhang, Peking, Bezirk Chaoyang, Gebiet von Daitou (6. April 2013)

nicht arbeiten können, kommt es zu Verdienstausfällen. Wenn die Kinder dann noch einen Arzt brauchen, wird der finanzielle Druck noch größer. Wenn es nach mir ginge, würde ich nicht heiraten.»

Schwierige Integration in die Stadt

Auch zum Thema Reintegration in die Stadt hat Wei Chen seine ganz eigene Meinung: «Langfristig bleibt einem nichts anderes übrig, als sich an die Stadt zu gewöhnen, denn auf dem Land kann man nicht mehr leben. Die Landwirtschaft bringt einfach kein Auskommen, und in den Dörfern funktioniert nichts mehr. Es gibt kaum noch Schulen und die Kinder bekommen keine ordentliche Ausbildung. In den kleinen Städten ist es etwas besser. Die Dorfbewohner haben sich mittlerweile auf diese Veränderungen eingestellt und ziehen dorthin, auch wenn die Kosten für vieles dort höher sind.»

Ein paar Freunde von Wei Chen arbeiten in kleineren Städten als Kellner oder Köche, und obwohl sie ein regelmäßiges Einkommen beziehen, können sie sich nicht einmal ein einfaches Leben leisten. Im Service verdienen sie selten 1800 RMB [ca. 235 Euro] pro Monat. Es heißt zwar, dass in den vergangenen beiden Jahren die Löhne gestiegen seien, allerdings sind auch die Preise entsprechend in die Höhe geschnellt. Im Grunde hat es keinerlei Lohnsteigerungen gegeben. «Vor ein paar Jahren konnte man mit zwei RMB noch einen ganzen Einkaufskorb füllen, aber jetzt kann man 200 RMB [ca. 26 Euro] ausgeben, und der Korb ist noch immer halb leer.» Am untersten Ende der Leiter stehen nach wie vor die Wanderarbeiter und die Bauernschicht.

Während des Interviews hatte Wei Chen anfangs auf mehrere Fragen nach seiner Zukunft keine wirkliche Antwort gegeben. Erst am Ende des Gesprächs betonte er mehrmals, dass sein ideales Leben darin bestünde, anderen zu helfen. In Wirklichkeit hat die Generation junger Dorfbewohner wie Wei Chen bereits ihren ehrlichen, vorbehaltlosen Beitrag zur Gesellschaft geleistet. Und dieser Beitrag zeigt sich in einer ganz anderen Form: Aufopferung.

Daitou, im Südosten von Peking an der vierten Ringstraße, ist ein dicht besiedeltes, etwas heruntergekommenes Wohngebiet. Vor neun Jahren sprossen hier auf einmal Wohntürme wie Pilze aus dem Boden und wurden in einer irrwitzigen Geschwindigkeit erweitert. Heute leben in den mehreren hundert Wohnsilos Tausende von Menschen. Am Abend ist es – abgesehen von den drei Bushaltestellen – dort am belebtesten, wo sich Kleinhändler/innen drängen, um ein bisschen Geld zu verdienen. Eine von ihnen ist Xiao Zhang. Ihr «Stand» ist winzig: ein weißes quadratisches Tuch, ausgebreitet auf einer Wiese am Straßenrand. Darauf liegt ein Sammelsurium an bunten Socken. Im Gegensatz zu anderen Verkäufern, die sich sehr um Kundschaft bemühen, scheint Xiao Zhang beim Verkauf ihrer Socken keinen großen Enthusiasmus an den Tag zu legen. Sie spielt lieber mit ihrem kleinen Sohn.

Ihr Kind ist wirklich lieb. Ist das Ihr einziges?

Xiao Zhang: Ich habe noch einen zweiten Sohn, den ich nach Hause zurückgeschickt habe, damit er dort zur Schule gehen kann. Er ist ein bisschen älter. Sein Vater und seine Großmutter kümmern sich um ihn. Das hier ist Xiao Bao. Er ist gerade in den Kindergarten gekommen.

Woher kommen Sie?

Ich stamme aus Cangzhou in der Provinz Hebei.

Sind viele Leute aus Ihrem Heimatort weggegangen, um Arbeit zu suchen?

Auf dem Land gibt es Arme und Reiche, und warum sollte man gehen, wenn man sein Auskommen findet? Die Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, haben es schwer. Wir besaßen früher sehr viel Land, über zehn Mu [ca. 6700 m²], das der Familie meiner Schwiegermutter gehörte. Später wurden uns ein paar Mu weggenommen; teils für den Straßenbau oder weil irgendwelche Hütten errichtet werden sollten. So genau weiß ich das gar nicht, weil die Familie meiner Schwiegermutter den Boden bestellt und wir uns nicht um die Arbeit auf dem Feld kümmern. Diese Arbeit bringt inzwischen kaum noch etwas ein. Von Geldverdienen kann keine Rede sein; im Gegenteil, am Ende zahlt man sogar noch drauf. In meinem Heimatort will deshalb niemand mehr auf dem Feld arbeiten. Es gibt zwar eine Fabrik, aber auch dort finden nur wenige Arbeit.

Und wann sind Sie nach Peking gekommen?

2009, das ist schon lange her.

Weshalb haben Sie sich damals für Peking entschieden?

Der Mann, der hier nebenan Autos repariert, ist der Vater von meinem Sohn Xiao Bao. Er ist schon etliche Jahre hier, und ich bin ihm gefolgt. Wenn ich da bin, ist er nicht so allein. Warum genau er damals nach Peking gekommen ist, weiß ich nicht. Er kann nichts wirklich gut, also repariert er Autos. Sein monatliches Einkommen ist extrem gering, und das, was er verdient, fließt komplett in die Familie. Als Xiao Bao noch ganz klein war, habe ich mich um ihn gekümmert. Jetzt, wo er größer ist und in den Kindergarten geht, habe ich nicht mehr viel zu tun. Also verkaufe ich diese Sachen hier, um etwas Geld für die Schule zu verdienen.

Wie viel verdienen Sie im Monat?

Nicht viel. Wenn hier viele Leute vorbeikommen, verdiene ich pro Tag ein paar Dutzend RMB. Gestern habe ich zum Beispiel nur 20 RMB [ca. 2,50 Euro] verdient. Wenn ich dieses Paar Socken hier für etwa 20 RMB verkaufe, bleiben mir gerade einmal fünf oder sechs RMB Gewinn.

Kommen Sie im Monat auf 1500 RMB?

Um Gottes Willen! Wie soll ich in einem Monat 1500 RMB [ca. 195 Euro] verdienen? Im besten Fall komme ich am Tag auf etwas mehr als 50 RMB [ca. 6 Euro], und selbst das ist fast unmöglich. Es gibt auch Tage, an denen ich nicht einmal zehn RMB verdiene. Vorgestern war z.B. so ein Tag: Da habe ich nur ein paar RMB eingenommen. Gestern auch. Wie soll das also funktionieren?! Hinzu kommt, dass ich flexibel sein muss, um mein Kind zum Kindergarten zu bringen und wieder abzuholen. Im Grunde bin ich alleinerziehend. Wie sollte ich Xiao Bao betreuen, wenn ich eine geregelte Arbeit hätte und am Wochenende arbeiten müsste oder keinen Urlaub bekommen würde, wenn er krank wird? Ich habe keine Großeltern in der Nähe, die auf ihn aufpassen könnten. Dann mache ich es lieber so. Wenn ich zu beschäftigt bin, komme ich erst gar nicht hierher. Ansonsten nehme ich mein Kind einfach mit, mache mein Tagesgeschäft und habe dann ein wenig Geld für die Familie.

Wohnen Sie denn hier in der Nähe?

Ich wohne im Untergeschoss, gleich hier gegenüber, in diesem Haus.

Ist es da nicht dunkel und kalt? Vor allem jetzt, wo es zwei Tage keine Heizung gegeben hat?

> Eine richtige Wohnung kann ich mir nicht leisten. Das Zimmer im Untergeschoss kostet 600 RMB [ca. 77 Euro] pro Monat, dazu kommen 500 RMB Schulgebühr fürs Kind. Da bleibt nichts mehr übrig. Wenn Xiao Bao nicht zu Hause ist, wärme ich mir meistens nur ein

paar Mantou [chinesische Dampfbrötchen, Anm. d. Red.] auf. Ist er da, koche ich auch schon mal was. Auf jeden Fall muss ich beim Essen sparen. Selbst wenn ich eine richtige Arbeit hätte, würde ich bestimmt nicht viel mehr verdienen.

Haben Sie das Gefühl, dass Sie manchmal ungerecht behandelt werden?

Bei uns Straßenverkäufern ist das so: Den Leuten, die Geld, Einfluss und große Stände haben, kann nichts passieren. Wenn aber Leute wie wir hier Sachen auslegen, müssen wir immer dann verschwinden, wenn die Chengguan [城管, städtische Ordnungskräfte, Anm. d. Red.] kommen. Wenn wir das nicht tun, konfiszieren sie sofort unsere Waren und geben sie uns nicht zurück. Das soll fair sein? Nein, das ist nicht fair. Schauen Sie, dort drüben, die kennen jemanden bei den Chengguan. Sie dürfen einen so großen Stand besitzen und ihnen passiert nichts. Aber unsere Sachen nehmen sie mit und geben sie nicht zurück. Die können sich nicht vorstellen, wie es uns einfachen Leuten geht, die keine Arbeit und keine Bildung haben. Solange man keine Kinder hat, geht es ja noch. Ob man ein bisschen mehr oder weniger hat, ist egal. Mit Kindern muss man jedoch so viel verdienen, dass man genug zu essen hat und gleichzeitig noch für die Schule sparen kann.

Was halten Sie von den Chengguan?

Die Chengguan sind die reinsten Banditen. Wenn sie kommen, dann ist es egal, wo man seine Ware versteckt. Sie nehmen sich einfach, was sie wollen. Wenn ich es ihnen nicht geben will, dann behaupten sie, dass ich sie in ihrer Arbeit behindere, und konfiszieren die Sachen. Was kann man da machen? Wenn wir einfachen Leute uns mit den Offiziellen anlegen, haben wir keine Chance. Wir müssen machen, was sie sagen. Mir haben sie schon zweimal alles weggenommen und nicht wieder zurückgegeben. Einer Frau aus unserem Ort wurden einmal alle Waren weggenommen, die sie gerade erst im Wert von 500 RMB [ca. 64 Euro] gekauft hatte. Am Ende blieben ihr noch 100 RMB, wovon sie jedoch die Strafe bezahlen musste.

Was haben Sie für die Zukunft geplant?

Was ich in Zukunft vorhabe? Abwarten, bis mein Kind ein bisschen größer ist. Für Leute wie uns - ohne Bildung, mit Kind - ist es ziemlich schwer, Arbeit zu finden.

Jetzt sind Sie so viele Jahre hier. Gibt es noch etwas anderes außer diesen Schwierigkeiten?

Wir sind ungebildet. Ich weiß nicht, wie ich es anders sagen soll. Die Reichen haben ihre Art zu leben, und die Armen ihre. Ob fair oder unfair, gut oder nicht gut; es ist halt so. Für meine beiden Kinder muss ich noch ein bisschen Geld verdienen, damit sie eine bessere Zukunft haben. Im Dorf würde man einfach heiraten und von der Familie des Mannes ein Haus bekommen. In der Stadt ist das anders. Egal wie, ich möchte nur ein bisschen Geld für meine Kinder verdienen.

Heimkehr mit ideologischem Gepäck

Arbeitsmigranten aus den Golfstaaten

Imtiaz Gul

Viele der pakistanischen Arbeitsmigranten, die ihr Land auf der Suche nach besseren Einkommensmöglichkeiten in den ölreichen Golfstaaten verlassen, kehren nach einigen Jahren zurück. Was sie aus den arabischen Staaten in die Heimat mitbringen, ist die Ideologie des Wahhabismus, der ihren Blick auf die Welt tiefgreifend verändert hat.1

Im Zuge des Ölbooms in den 1970er Jahren zog es Tausende von pakistanischen Arbeitern - arm, analphabetisch und ungelernt – in das Königreich Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und in die anderen Golfstaaten. Dort fanden sie nicht nur ein besseres Auskommen. sie fanden auch den «wahren Islam», wie er von Muhammad Ibn Wahhab, einem puritanischen Reformer, im 18. Jahrhundert verkündet worden war. Insbesondere in Saudi-Arabien kommen die Arbeitsmigranten heute mit dieser Strömung des Islam – dem Wahhabismus – in Kontakt. Wahhabiten lehnen den Sufismus, Heiligen-

Der ideologische Einfluss der Araber hat eine stark ideologisierende Wirkung vor allem auf analphabetische Arbeiter, die in den Golfstaaten unter extremen Bedingungen leben und eine Quelle der Kraft suchen, um ihren harten Arbeitsalltag durchzustehen. Die blühende Wirtschaft, der allgemein hohe Lebensstandard und das Luxusleben der Einheimischen beeindrucken die pakistanischen Arbeiter. Die Golfstaaten sind nicht nur von den Lehren des Salafismus und des Wahhabismus überzeugt, sie verbreiten diese Formen des Islam auch aktiv. So braucht es nicht allzu viel, um auch die Arbeitsmigranten von dieser Ideologie zu überzeugen.

verehrung und Wallfahrten zu Gräbern ab.

Die Begriffe «Salafist» und «Wahhabit» werden synonym verwendet. Die Menschen in Pakistan sind traditionell Deobandis, wobei sie den Deobandismus mit seiner breitgefächerten Theologie eher emotional als verstandesmäßig übernehmen. Die Salafisten nutzen diese Tatsache mit ihrem strengen Intellektualismus und Formalismus.

Pakistanische Arbeiter

Fast 94 Prozent der rund vier Millionen pakistanischen Arbeiter im Ausland leben in den Golfstaaten, wiederum 80 Prozent davon in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. 30 Prozent dieser Arbeitsmigranten stammen aus der nordwestlichen Provinz Khyber Pakhtunkhwa (KPK) und den Stammesgebieten unter Bundesverwaltung (Federally Administered Tribal Areas – FATA).²

In der Provinz Khyber Pakhtunkhwa leben 22,326 Millionen Menschen.3 Früher waren die meisten Pakistani in dieser Provinz und den FATA Barelwis, Anhänger von Ahmad Raza Khan, der 1920 in der nordindischen Stadt Bareilly eine sufistisch und theosophisch geprägte Bewegung zur Verteidigung des Mystizismus im Islam gegründet hatte.4 Heute jedoch sind die Deobandis, also Anhänger der 1866 in der nordindischen Stadt Deoband gegründeten Bewegung, die den Sufismus auf Askese und die Theosophie auf Urteilsvermögen reduzierte, langsam in der Mehrheit gegenüber den Barelwis, was in erster Linie ihren Missionaren (Tableghis) zu verdanken ist. Die Deobandis haben so an politischem Einfluss in der Gesellschaft gewonnen. Vor diesem Hintergrund lässt sich der Erfolg der

wahhabitischen Philosophie in Pakistan aus zwei Entwicklungen erklären: dem Einfluss des Wahhabismus auf die Arbeitskräfte in Saudi-Arabien und der Stärkung des politischen Islam durch die panislamische Ideologie von al-Qaida, die bei vielen Muslimen weltweit Zustimmung findet.

Obwohl die strengen und puritanischen Salafisten oder Wahhabiten Sufismus, Askese und Theosophie ablehnen, gewinnen sie in Pakistan immer mehr Anhänger. Der wahhabitische Islam saudischer Prägung breitet sich auch in weiten Teilen des zentralen und südlichen Punjab aus. Dies liegt nicht nur an den Zehntausenden Arbeitsmigranten aus dieser Region, die nach Saudi-Arabien und in die anderen Golfstaaten gingen: Mehr als 100 Millionen US-Dollar flossen als Spendengelder vom Golf an die mehr als 1500 Deobandi-Salafi-Religionsschulen, hinter denen meist die verbotenen Gruppen «Lashkar-e Taiba» und «Jaish-e Mohammad» stehen.5

In dem Bericht vom November 2008 teilte Bryan Hunt, damals leitender Beamter des US-Konsulats in Lahore, mit: «Laut offiziellen und privaten Quellen stammt die Finanzhilfe von (missionarischen) oder (islamischen Wohltätigkeitsorganisationen) aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, angeblich mit der direkten Unterstützung der Regierungen dieser Länder.»

Die Arbeitsmigranten werden indoktriniert und sammeln dann Spenden für den Bau von Moscheen und Religionsschulen. Die Pakistaner, die in den arabischen Ländern arbeiten, sind traditionell Überbringer des konservativ-religiösen Gedankenguts und stärken den salafistischen und wahhabitischen Einfluss in Pakistan.6

Zurück in ihrer Heimat halten es die Arbeitsmigranten für ihre religiöse Pflicht, auch ihren Familien und Freunden «den Geist des wahren Islam» nahezubringen. Wie dieser Einfluss in der Praxis aussieht, lässt sich in Gesprächen mit Menschen der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen beobachten. So sagte ein zurückgekehrter Arbeiter, der jetzt in Peshawar ein Restaurant betreibt: «Die Araber kennen den Islam besser als wir.» Imran, geboren im Bezirk Malakand, weiß: «Die Salafisten sind ideologisch so eng miteinander verbunden, dass sie noch nicht einmal in den Moscheen der anderen beten, sondern immer darauf bedacht sind, rechtzeitig in ihrer eigenen Moschee zu sein. Die meisten sind zurückgekehrte Arbeiter.» Shams Mohmand, ein erfahrener Journalist aus Peshawar, erklärt: «In Charsadda ist es ihnen gelungen, dass ein Deobandi-Missionar namens Haji Fida Muhammad konvertierte. Er betreibt jetzt eine Religionsschule.»

In den FATA spielen heute wahhabitische Araber, Zentralasiaten, die Gruppe Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP)7 und andere dschihadistische Gruppen, die den Deobandismus ablehnen, eine wichtigere Rolle bei der Verbreitung der Ideologie als die Arbeitsmigranten. Man geht auch davon aus, dass sie die Taliban finanziell unterstützen.

Dynamik des Einflusses

Der Salafismus übt einen dreifachen Einfluss auf die pakistanische Gesellschaft aus: sozial, politisch und religiös.

Sozial spielt die Moschee eine zentrale Rolle bei der Indoktrinierung, da sie insbesondere für junge Menschen der erste Kon-

Imtiaz Gul ist Executive Director des Centre for Research and Security Studies in Islamabac und Verfasser der Bücher «The Most Dangerous Place: Pakistan's Lawless Frontier» (Penguin US/UK, 2011) und «Pakistan: Before and After Osama» (Roli/Lotus 2012).

Die fünf wichtigsten Zielländer für Arbeitsmigranten aus Pakistan, Gesamtzahl der Migranten aus Pakistan von 1971 bis 2013

Quelle: Government of Pakistan, Bureau of Emigration and Overseas Employment, Islamabad, http://www.beoe.gov.pk/ zitiert nach «Overseas Pakistani Workers: Significance and Issues of Migration», Pakistan Institute of Legislative Development and Transparency, Briefing Paper 34, 2008, S. 8, online, «Strengthening Labour Migration Governance in Pakistan» ILO, undatiert http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/--ro-bangkok/---ilo-islamabad/documents/publication/wcms_241600.pdf

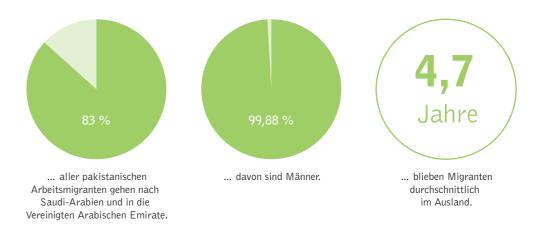
taktpunkt ist. Salafistische Moscheen sind quasi Moscheen mit Ausbildungslager, sie fungieren als das Tor zum Rekrutierungsprozess. Die Rekrutierung selbst ist einfach, da die verbotene Gruppe Jamat-ut-Dawa (JuD), Nachfolger der Lashkar-e Taiba, mit allen verbunden ist.8 Ihre Organisationsstruktur ist im Vergleich zu den Strukturen der Deobandis straff und eher mit Instituten vergleichbar als mit klassischen religiösen Gemeinden. Die Verbindung zwischen Moschee, JuD und Ausbildungslager bildet das Fundament für die Rekrutierung der Jugendlichen. Die Rekruten werden zunächst für «Daur-e-Sufa», die ideologische Schulung, nach Muridke, einem Ort bei Lahore in der Provinz Punjab, geschickt, dann nach Oghi im Bezirk Mansehra, wo sie «Daur-e-Aam» absolvieren, den Grundkurs im Kampf, und schließlich zum «Daur-e-Khas» nach Azad Kashmir, wo sie die fortgeschrittene militärische Ausbildung erhalten. Dann sind sie für die eigentlichen Kampfeinsätze bereit.9

Fast alle der im Januar 2002 verbotenen Organisationen setzen ihre Aktivitäten unter neuem Namen fort, und natürlich ist die Gründung glaubensbasierter Wohltätigkeitsvereine nicht gesetzlich verboten.

in Millionen

Die religiöse Intoleranz hat angesichts sich bekämpfender Strömungen und einer strengen Theologie zugenommen. Die Welle des Salafismus lässt sich in der Division Hazara im Nordosten von Pakistan gut beobachten. Dort leben 7,2 Millionen Menschen in fünf Bezirken: Haripur, Abbottabad, Mansehra, Batgram und Kohistan (Süd und Nord). Die meisten Arbeiter in den Golfstaaten kommen aus dem Bezirk Abbottabad, gefolgt von Haripur, Mansehra, Batgram und Kohistan. Der städtisch geprägte Bezirk Abbottabad zählt 200 salafistische Moscheen, Haripur 95, Mansehra 27, Batgram zwei und Kohistan eine. In Mansehra bezeichnen sich 700 Haushalte als salafistisch, was sowohl ihren Glauben als auch ihre religiöse Praxis, Perspektive und Gruppenzugehörigkeit angeht. Die restlichen Salafisten sind Einzelpersonen, die beeinflusst, reformiert und indoktriniert werden. Exemplarisch für viele Arbeitsmigranten steht Muhammad Yousaf aus Batgram, der die wahhabitische Ideologie aus Saudi-Arabien mit zurück in seine Heimat gebracht hat. 2004 gründete er mit saudi-arabischem Geld eine Moschee. Sie wurde von den Deobandis in Brand gesteckt, ist aber heute wieder aufgebaut und aktiv.11

Genau wie in Batgram war es auch in Kohistan ein zurückkehrender Arbeitsmigrant, Rafi-ud-din, der den Salafismus in seine abgelegene und von komplizierten Stammesbeziehungen geprägte Heimat gebracht hat. 2010 eröffnete er eine Moschee, die er vorwiegend mit inoffiziellen Geldern aus saudi-arabischen Quellen finanziert hat. 12 Mädchen, die älter als 13 Jahre sind, sind selten zu sehen. 13

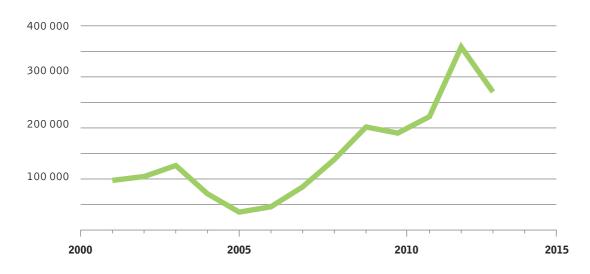


Den Frauen, die ohnehin als Eigentum angesehen werden, wurden die bereits eng gesteckten Freiräume völlig genommen.¹⁴ Der traditionelle Schleier wurde durch die arabische Abaya, das vom Scheitel bis zum Boden reichende schwarze Gewand, ersetzt. Gleichzeitig entstehen immer mehr Religionsschulen für Frauen. Die mit der Al-Huda-Stiftung verbundenen Schulen definieren ganz wesentlich die Rolle der Frauen. So fordern sie die Frauen zur Polygamie auf und drängen sie, sich komplett zu verschleiern, so dass lediglich die Augen frei bleiben. 15 Die Geschichten aus dem Islam des 7. Jahrhunderts, die die Lehrerinnen ihren Schülerinnen vermitteln, führen oft zu einer intellektuellen Verblendung der Frauen – von denen viele sehr gebildet und wohlhabend sind. Die meisten werden zu fügsamen Anhängerinnen des Islam. Sie akzeptieren alles, was ihnen von der Kanzel gepredigt wird. Die Mehrheit der Frauen würde widerspruchslos hinnehmen, dass ihr Mann drei weitere Frauen heiratet. Das mag im Islam erlaubt sein, aber die Bedingungen dafür sind so streng, dass sie im Grunde kaum zu erfüllen sind.

Am stärksten beeinflussen lassen sich Religionsschüler, die arm und ungebildet sind und deren einzige Perspektive die Aufnahme in die Reihen militanter Organisationen ist. 16 Die Gruppe JuD etwa engagiert sich auch in Wohltätigkeitsprojekten, wodurch sie Kontakte in die Gesellschaft, zu Schülern und zur Presse erhält. So verschafft sie sich Gehör und erwirbt Respekt. 17

Politischer Einfluss

Politisch haben die salafistisch-wahhabitischen Rückkehrer für Chaos gesorgt, und Berichten zufolge schließen sich viele von ihnen Dschihadisten-Gruppen an. Auch Muslim Khan, ein ehemaliger Sprecher der TTP in Swat, war Arbeitsmigrant in den Golfstaaten. Er ging in den frühen 1990er Jahren nach Kuwait, von dort in die USA, wo er als Taxifahrer arbeitete und verschiedene Jobs hatte. So wie Khan werden viele Arbeiter mit dem Islam, so wie er in den Golfstaaten praktiziert wird, bekannt gemacht. Dazu gehört auch die Rechtfertigung des Dschihad und das Konzept eines islamischen Staates auf der Grundlage von Koranversen und Äußerungen der Propheten. Briefe von Arbeitsmigranten an Mukaram Shah (ehemaliger TTP-Kommandeur in Swat), die dem Autor vorliegen, zeigen darüber hinaus eine tiefe Verbindung mit den TTP-Führern in Swat. Wenn die Migranten nach Hause zurückkehren, finden sie sich nicht mehr mit der politischen Ordnung in der Region ab. Während der Amtszeit des Militärdiktators Zia ul Haq wurden einige religiöse Bestimmungen in die pakistanische Verfassung von 1973 eingeführt, sie orientierten sich an sunnitischen Prinzipien in Bezug auf Blasphemie. Eine wahhabitisch beeinflusste Gesetzgebung gibt es bis heute nicht. Allerdings nutzen Wahhabiten die bestehenden Gesetze und denunzieren andere als blasphemisch, um ihre Ziele zu erreichen. Die politische Elite kann in diesem kontroversen Punkt keine Gesetze durchsetzen, aus Angst, selbst unter den Verdacht der Blasphemie zu geraten. So wurde zum Beispiel im Januar 2011 der ehemalige Gouverneur von Punjab, Salman Taseer, von



Entwicklung der pakistanischen Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien, Ausreisen pro Jahr im Zeitraum 2001 bis 2013

Im Frühjahr 2013 begann Saudi-Arabien damit, sich illegal im Land aufhaltende Arbeiter auszuweisen. Damit sollte die Zahl von neun Millionen nichtsaudischen Arbeitskräften um zwei Millionen reduziert werden, (Val. «Saudi Arabia's foreign labour crackdown drives out 2m migrants». Ian Black, The Guardian, 29. Nov. 2013.) Die oben genannten Zahlen sind offizielle Statistiken, Experten gehen von einer beträchtlichen Dunkelziffer aus.

seinem eigenen Leibwächter ermordet, als er ein christliches Mädchen verteidigte, das der Blasphemie angeklagt war.

Auch die meisten ländlichen Gebiete in Punjab, der bevölkerungsreichsten Provinz des Landes, wurden von der Verbreitung des Wahhabismus nicht verschont. Religiöspolitische und dschihadistische Organisationen üben erheblichen gesellschaftlichen Einfluss aus, insbesondere auf Jugendliche, die meist regelmäßig Religionsschulen und Moscheen besuchen, die den wahhabitischen Islam lehren, der, wie den Schülern erklärt wird, auch Antworten auf politische Fragen bietet.

Pakistan wurde nach der Lehre des Islam gegründet, und die Debatte über die Durchsetzung eines islamischen Systems ist so alt wie der pakistanische Staat selbst. Da es so viele Glaubensrichtungen gibt, wurde die Frage, welche der vielen Interpretationen des Islam nun für das gesamte Land gelten soll, nie beantwortet. Aber diese Richtungsdebatte hat den Salafisten die Möglichkeit eröffnet, ihre Sichtweise einzubringen - mit dem Unterschied, dass sie bereit sind, ihre Sichtweise mit Gewalt durchzusetzen.

Religiöser Einfluss

Der Einfluss des wahhabitisch-salafistischen Islam auf die breite Bevölkerung ist nicht nur in der Ausübung des Glaubens zu erkennen, also in den Gebeten, der Ablehnung der Heiligenverehrung oder in der Verschleierung der Frauen, sondern zum Beispiel auch in den Namen der Kinder: In den Familien der Rückkehrer aus den arabischen Staaten und der konvertierten Salafisten sind die Namen der Kämpfer aus dem ersten und zweiten Jahrhundert des Islam besonders beliebt, etwa Ameer Muawiah, Abu Talhah, Abdur-Rehman, Abu Huraira und Huzaifa. Rooh-ullah Madni, der frühere KPK-Minister für religiöse Angelegenheiten, beklagt, «die religiöse Junta» könne in Pakistan nach Belieben agieren und sei keiner Autorität rechenschaftspflichtig. Dieser Mangel an Institutionalisierung des Klerus habe es für den Salafismus einfacher gemacht, in die bestehende Theologie einzugreifen. 18 Die Verdammung anderer Glaubensrichtungen, ihre Verunglimpfung als Abtrünnige und Gottlose und die Anschläge auf ihre Gotteshäuser, sind das fragwürdige Geschenk, das der Salafismus der Region gebracht hat. Die meisten Pakistani sind nach wie vor Sufis, aber das salafistische und anti-sufistische Gedankengut hat Teile der Bevölkerung radikalisiert.

In KPK verbreitet sich die salafistische Ideologie, getragen von den Arbeitsmigranten, immer weiter. Wenn sie bei ihrer Rückkehr mit etablierten salafistischen Akteuren wie TTP, JuD und anderen dschihadistischen Organisationen in Kontakt kommen,19 bekämpfen sie das bestehende System durch Terrorismus, finanzielle Unterstützung und die Schaffung eines ideologischen Fundaments.

Die salafistische Ideologie ist im Wesentlichen eine Melange aus der anti-westlichen Haltung von al-Qaida, der Ablehnung Israels und der Ablehnung eines Regierungssystems in Pakistan, das angeblich nicht in der Lage ist, der Mehrheit der Pakistanis Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen. Unabhängig von der Zugehörigkeit zu bestimmten religiösen Gruppierungen oder Schulen ist die Mehrheit der Pakistanis von dieser Sicht beeinflusst, einer Sicht, die im Islam verwurzelt ist, wie er in Saudi-Arabien praktiziert wird. Politisch verdrängt der wahhabitisch-salafistische Islam Schritt für Schritt den traditionellen Deobandismus und Barelwismus. Seine Verbreitung ist nicht nur auf den von CIA und dem pakistanischen Geheimdienst ISI geführten und von den USA und Saudi-Arabien finanzierten anti-sowjetischen Kampf zurückzuführen. Damals unterstützten die USA die afghanischen Mudschahidin, um den sowjetischen Einfluss in Schach zu halten. Die Entwicklung wurde auch durch einen ideologischen Paradigmenwechsel unter dem damaligen Diktator Zia-ul-Haq gefördert, der Religionsschulen gründete und die dschihadistische Ideologie in die Lehrpläne einführte. Die neue religiöse Haltung, die pakistanische Arbeitsmigranten aus Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten mit zurück nach Pakistan bringen, ist daher ein bedeutender Faktor der Verbreitung des wahhabitisch-salafistischen Islam.

- Dieser Artikel basiert weitgehend auf einer Studie zu einigen nordwestlichen Provinzen Pakistans, aus denen viele der Arbeitsmigranten in die Golfstaaten, einschließlich Saudi-Arabien, stamme
- PILDAT, Juli 2008, «Overseas Pakistani Workers: Significance and Issues of Migration», http://www.nildat.org/Publications/ publication/LabourIssue/OverseasPakistaniWorkers SignificanceandIssuesofMigration.pdf (abgerufen am 9. Juli 2014)
- Khyber Pakhtunkhwa Population Welfare, «Demography of NWFP», http://www.khyberpakhtunkhwa.gov.pk/Departments/ Population%20Welfare/Demography-of-NWFP.php (abgerufen am 9. Juli 2014)
- Dr. Hussein Shaheed, Gespräch mit dem Autor. Peshawar, Pakistan, 14. Juli 2014. (Dr. Shaheed ist Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen an der Universität Peshawar.)
- http://tribune.com.pk/story/173744/wikileaks-saudiarabia-uae-funded-extremist-networks-in-pakistan/
- Muhammad Amir Rana, «Exploring Extremism». Dawn News, 18. Mai 2014

- Die Gruppe Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) wurde im Dezember 2007 in den pakistanischen Stammesgebieten von Baitullah Mehsud gegründet, vor allem mit finanzieller Unterstützung arabischer Kämpfer in der Region, die der Idee eines weltweiten Dschihad anhingen. TTP diente als Instrument in Avman-al-Zawahiris Strategie des Kampfes gegen den «Feind in der Nähe», also den pakistanischen Staat.
- JuD wurde nach den Attentaten in Mumbai im Jahr 2008 von der UN geächtet. Heute agiert die Gruppe unter dem Namen Falah-e-Insaniat (FIF), ist aber in Pakistan nach wie vor als JuD bekannt und veranstaltet Protestkundgebungen und richtet Appelle an die Bevölkerung. Die Bezeichnungen JuD und Lashkar-e-Taiba werden synonym verwendet. und Aufgabe der Gruppierungen ist der Dschihad gegen Indien. Die Salafisten, eine Minderheit in Pakistan, sind alle miteinander verbunden. Hafiz Saeed ist Gründer der Gruppe JuD und eine einflussreiche Persönlichkeit unter den Salafisten JuD-Vertreter besuchen alle salafistischen Moscheen, getarnt als Missionare und Sozialarbeiter. Sie versuchen die Menschen durch Vorträge über die Blütezeit des Islam und dessen Eroberungen zu gewinnen und fordern die Gläubigen zum Dschihad auf.
- LeT-Kommandeur, Gespräch mit dem Autor, Mansehra, Pakistan, 6. Juli 2014.
- Abu Yousaf, Gespräch mit dem Autor, Mansehra, Pakistan, 8. Juli 2014. (Er gab nur sein Pseudonym an, nicht seinen richtigen Namen. Er ist Khateeb (Imam) der großen salafistischen Moschee in Mansehra.)
- ¹ Muhammad Yousaf, Gespräch mit dem Autor, Batgram, Pakistan, 9. Juli 2014
- ² Rafi-ud-din, Gespräch mit dem Autor, Kohistan Pakistan, 10. Juli 2014
- Die stark von Stämmen geprägte Gesellschaft kennt keine moderne Bildung. Kinderehen sind noch verbreitet, und Frauen dürfen das Haus ohne die Begleitung männlicher Verwandten nicht verlassen.
- Verschleierung ist eine Praxis, die es in der indopakistanischen Region seit Jahrhunderten gibt. Frauen wurden auch vor dem Aufstieg des Salafismus nicht aut behandelt, aber mit dem Einfluss des Salafismus verschärften sich die Vorschriften in der Region hinsichtlich der Verschleierung: Die Frauen müssen nun von Kopf bis Fuß verschleiert. sein. Frauen dürfen auch das Haus ohne ihre Männer nicht verlassen. Diese Vorschriften werden auf den Koran zurückgeführt.
- 15 Al-Huda International wurde 1994 von dem islamischen Lehrer Dr. Farhat Hashmi gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hat. Frauen und Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen. Weitere Informationen unter http://www.farhathashmi.com/ und http://www.alhudapk.com/
- 16 Tariq Hayat, Gespräch mit dem Autor, Peshawar, Pakistan, 14. Juli 2014. Tariq ist Mitarbeiter der NGO Peace Education and Development Foundation (PEAD), die an dem Madrassah-Reformprojet «Social cohesion and resilience» beteiligt ist.
- ¹⁷ Mushtag Yousafzai, Gespräch mit dem Autor. Peshawar, Pakistan, 14. Juli 2014. (Yousafzai ist Mitarbeiter der englischsprachiger Tageszeitung The News)
- 18 Rooh-ullah Madni, Gespräch mit dem Autor, Peshawar, Pakistan, 14. Juli 2014 (Madni ist ehemaliger Religionsminister)
- 9 Dschihadistische Organisationen wie Sipah-e-Sahaba Pakistan (SSP), Lashkar-e-Jhangvi (LeJ), Jaish-e-Muhammad (JeM), Harkat-ul-Ansar (HuA) und Lashkar-e Taiba wurden in den 1980er Jahren zur Bekämpfung der Sowjets in Afghanistan gegründet: später wurden sie eingesetzt, um in Kaschmir gegen Indien zu kämpfen. Heute richten sie ihren Kampf gegen den pakistanischen Staat, weil er seit den Anschlägen vom 11. September mit dem Westen zusammenarbeite.

Islamische Strömungen

Etwa 95 bis 98 Prozent der 186 Millionen Menschen in Pakistan sind Muslime, mehr als 80 Prozent davon sind Sunniten. Shia, die Minderheit, wird unterdrückt und ihre Anhänger, die Schiiten, werden häufig als Ungläubige bezeichnet. Diese Ansicht ist ein recht neues Phänomen, das es vor dem Einfluss des Wahhabismus in Pakistan nicht gab. Daneben gibt es verschiedene islamische Unterströmungen der Sunniten: Deobandis, Barelwis, Panjpeeris und Salafisten bzw. Wahhabiten. Hindus und Christen stellen eine verschwindend geringe Minderheit dar. Im Folgenden eine Übersicht unterschiedlicher islamischer Strömungen in Pakistan:

SALAFISMUS

Wichtigstes Ziel der Salafisten ist es, den Islam zurück zu seinen Lehren der ersten drei Generationen zu führen.
Obwohl der Salafismus eng mit dem Wahhabismus verwandt ist, bezeichnen sich nicht alle Salafisten als Wahhabiten. Sie lehnen die uralte Sufi-Lehre, es sei möglich, eins mit Gott zu werden, als Häresie ab, die von zum Islam konvertierten Christen, Indo-Iranern und Griechen nach Pakistan gebracht worden sei.

WAHHABISMUS

Diese Strömung nimmt für sich in Anspruch, den «wahren Islam» im Sinne des puritanischen Reformers Muhammad Ibn Wahhab (1703–1793) aus Saudi-Arabien zu lehren. Die Taliban in Afghanistan und in Pakistan sind Anhänger des Wahhabismus, dessen hervorstechende Merkmale die massive Beschränkung der Freiheit von Frauen und das Verbot von Musik, Tanz und Unterhaltungsfilmen sind. Die Wahhabiten halten die Schiiten für Ungläubige, auf die physische Angriffe gerechtfertigt seien. Einige Wahhabiten bezeichnen sogar andere sunnitische Gruppen als tagfir, Ketzer, die getötet werden dürfen. Diese eindeutig politische Auslegung des Islam hat durch die panislamische Ideologie der al-Qaida, die bei vielen Muslimen weltweit Gehör gefunden hat, enorm an Einfluss gewonnen.

UFISMUS

Der Sufismus hat mit seiner langen Tradition in Pakistan viele alte und weitverbreitete Bräuche in den Islam integriert.
Als mystische Strömung lehrt er, dass Gotteserfahrung durch Kontemplation möglich ist. Viele Pakistanis wallfahren zu den Grabstätten berühmter Sufis. In der Vergangenheit wurden mehrere solcher Grabstätten von Muslimen zerstört, die einer strengeren Auslegung des Islam folgen.

BARELWI-BEWEGUN

Barelwis sind sunnitische Muslime und Anhänger von Ahmad Raza Khan Barelwi (1856–1921), der 1920 eine Bewegung in der indischen Stadt Bareilly gegründet hat, die die mystischen Traditionen des Islam verteidigen und die Verbreitung des Deobandismus stoppen sollte. Schätzungen zufolge ist die Mehrheit der Muslime in Pakistan, Indien und Kaschmir (insgesamt 200 Millionen Menschen) Barelwis. Der Barelwi-Islam war besonders in den an Afghanistan angrenzenden Regionen Pakistans (Khyber Pakhtunkhwa und Stammesgebiete unter Bundesverwaltung) verbreitet.

DEOBANDISMUS

Deobandis sind Anhänger einer islamischen Strömung, die – inspiriert vom Wahhabismus – im Jahr 1866 im nordindischen Deoband, Sitz der zweitwichtigsten islamischen Universität nach Al-Azhar in Kairo, gegründet wurde. Die Deobandis lehnen als orthodoxe Muslime sowohl die barelwistische Heiligenverehrung an den Grabstätten als auch den Sufismus ab. Aufgrund ihrer Missionierungserfolge sind die Deobandis gegenüber den Barelwis mittlerweile fast in der Mehrheit, und sie haben erheblichen politischen Einfluss in Pakistan gewonnen.

Afghanistan Jugend in unruhigen Zeiten Jugend in unruhigen Zeiten Afghanistan 57

Jugend in unruhigen Zeiten

Emigration als Strategie der Jungen und Rastlosen

Susanne Schmeidl

Mobilität – das ist seit Jahrzehnten eine Überlebensstrategie für viele Afghanen, die dem Krieg und wirtschaftlicher Unsicherheit entfliehen wollen. Afghanistan kämpft heute an vielen Fronten: Die Sicherheitslage verschärft sich, die ausländischen Truppen ziehen ab und hinterlassen Ungewissheit, die Wirtschaft kommt nicht in Gang und die internationalen Geldquellen versiegen. Als sei dies noch nicht genug, üben das schnelle Bevölkerungswachstum und die Urbanisierung demographischen Druck aus. Heute sind zwei Drittel der Bevölkerung unter 25 Jahre alt. Für die jungen Afghanen scheint es einmal mehr die beste Strategie zu sein, ihre Heimat zu verlassen und in der Fremde eine bessere Zukunft zu suchen.

Die Aufbruchsstimmung, die sich 2014 im Zuge der afghanischen Präsidentschaftswahlen verbreitete, ist schnell der Ernüchterung gewichen: Der Machtwechsel von Hamid Karzai, der seit 2002 im Amt war, zur neuen Regierung kam nur unter erheblichen Geburtswehen zustande. Von Wahlbetrug war die Rede, es gab eine Neuauszählung der Stimmen, und die beiden führenden Kandidaten konnten sich lange nicht einigen. Es hängt vom Gelingen dieses Machtwechsels ab, wie sich die sozio-politische Lage, die Sicherheit und die Friedensaussichten entwickeln. Verschärft wird die Krise im Land durch eine zunehmende Verschlechterung der Sicherheitslage und durch den Abzug der ausländischen Truppen, der bis Ende 2014 abgeschlossen sein sollte.

Die jungen Erwachsenen in Afghanistan, ganz gleich, ob sie auf dem Land oder

in der Stadt leben, sind in einem Klima des kollektiven Unbehagens aufgewachsen und mit der Befürchtung, dass das kommende Jahrzehnt nicht wesentlich besser wird als das vergangene. Die Hoffnung, die in den ersten Jahren der Karzai-Regierung zu spüren war, ist geschwunden. Für viele junge Afghanen sieht die Zukunft wenig vielversprechend aus. Sie haben vermehrt das Gefühl, ihre Zukunft liege anderswo, zu langsam war der Fortschritt, und immer noch hinkt Afghanistan den - ebenfalls armen - Nachbarstaaten hinterher. Es wäre keine Überraschung, wenn es erneut zu einer Migrationswelle kritischen Ausmaßes käme, in einem Land, in dem Mobilität fast traditionell die am häufigsten angewendete Überlebensstrategie einer vom Krieg zermürbten Bevölkerung ist.

Migrationstrends

Die Binnenmigration in Afghanistan nimmt zu. Dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) zufolge hatten Mitte 2014¹ fast 700 000 Menschen ihre Heimat verlassen, die Hälfte davon während der letzten drei Jahre.² Afghanistan ist außerdem zwar nicht mehr Spitzenreiter, aber immer noch unter den Top 3 der Herkunftsländer von Asylsuchenden weltweit (75 273 in 63 Ländern, wobei die Türkei und Deutschland die bevorzugten Zielländer sind).³ Viele Afghanen kommen als unbegleitete Minderjährige in das Zielland, häufig Jungen unter 18 Jahren.⁴

Diese offiziellen Zahlen sind wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs, denn der UNHCR gibt zu, dass er keine Möglichkeit hat, Migrationsbewegungen in unsicheren Landesteilen zu erfassen. Erst kürzlich sei begonnen worden, die städtischen Migrantengruppen zu zählen und zu kategorisieren. Die genannten Zahlen erfassen auch nicht die Menschen, die durch Naturkatastrophen aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Im Vergleich zu früher hat die grenz-

überschreitende Migration nachgelassen. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens sind die klassischen Zieloptionen Iran und Pakistan nicht mehr so attraktiv, und zweitens haben viele westliche Länder die Eintrittsschranken für Flüchtlinge deutlich erhöht. Das zwingt Afghanen entweder zur Binnenmigration oder zu kreativen Methoden, in ein sicheres Land zu gelangen. Wer es sich leisten kann, bringt seine Familie nach Dubai (die Zahlen sind wenig belastbar, aber Schätzungen zufolge sind seit 2010 ca. 6,9 Milliarden US-Dollar von Afghanistan nach Dubai geflossen, und ca. 300 000 Afghanen sollen dort leben).5 Offiziell studieren derzeit etwa 10000 Afghanen im Ausland, die Hälfte davon in Indien, der Rest in Pakistan, Europa, Nordamerika und Australien.⁶ Bis zu 3,4 Millionen Afghanen leben und arbeiten ohne Papiere oder vorübergehend im Ausland, drei Millionen davon im Iran und in Pakistan.⁷ Die Ehe mit Exil-Afghanen mit doppelter Staatsbürgerschaft und die Familienzusammenführung mit Verwandten im Westen sind ebenfalls beliebte Exit-Optionen geworden. «Afghanen, die es sich leisten können, zahlen bis zu 24 000 US-Dollar für Einreisedokumente nach Europa und bis zu 40 000 Dollar für Kanada. Visa für die USA können grundsätzlich nicht durch Zahlung erlangt werden.»⁸

Der mit Abstand größte Zustrom erfolgt in die Städte Afghanistans. 7,2 Millionen Menschen – 30 Prozent der Bevölkerung – leben derzeit in den Städten, und mindestens 2,2 Millionen davon sind in den letzten Jahren gekommen (eine Hälfte aus ländlichen Gebieten, die andere Hälfte sind zurückgekehrte Flüchtlinge). Auch hier sind die tatsächlichen Zahlen unter Umständen wesentlich höher.

Warum Menschen ihre Heimat verlassen

Afghanistan hat seit 2001 wesentliche Fortschritte gemacht: Die Wirtschaft ist gewachsen, die sozialen Indikatoren zeigen Verbesserungen, und es wurde in die Verwaltung und die Infrastruktur investiert. Auf der Negativseite sind Rückschläge bei der Landwirtschaft und Stadtentwicklung zu verzeichnen und auch die Regierungsführung hat sich verschlechtert. Das ist die ernüchternde Bilanz, nachdem so viele Hilfsgelder in das Land geflossen sind.

Anhaltende Unsicherheit

Sie ist meist eine der stärksten Antriebskräfte der Migration und ein recht zuverlässiger Indikator oder Prädiktor für künftige Bevölkerungsströme. Der neue Anstieg der Gewalt in Afghanistan gibt nicht viel Anlass zur Hoffnung, dass die konfliktinduzierte Migration in nächster Zeit abnehmen wird. 2013 verzeichnete die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) einen Anstieg der zivilen Opfer von 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr.¹⁰ In den ersten sechs Monaten des Jahres 2014 zählte die UNAMA 4853 zivile Opfer (1564 zivile Todesopfer und 3289 Verletzte) - 4600 davon allein im ersten Quartal¹¹ – was einen Anstieg der zivilen Opfer von 24 Prozent

Susanne Schmeidl

ist Mitgründerin und Senior Advisor des Liaison Office (TLO) in Afghanistan, wo sie seit 2002 die zivilgesellschaftliche Entwicklung und den zivilen Friedensaufbau unterstützt. Sie unterrichtet derzeit an den Universitäten New South Wales und Sydney. Darüber hinaus ist sie Gastwissenschaftlerin am Asia-Pacific College of Diplomacy an der Australian National University und externe Forscherir für das Centre for Peace and Conflict Studies der University of Otago, Neuseeland,

Afghanistan Jugend in unruhigen Zeiten Jugend in unruhigen Zeiten Afghanistan 59

gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 2013 bedeutet. Neu ist dabei, dass die meisten Toten und Verletzten nicht im Zuge der Kämpfe der afghanischen Streitkräfte mit gegnerischen Truppen zu beklagen waren, sondern Opfer improvisierter Sprengladungen wurden. Human Rights Watch warnt: «Es ist unklar, inwieweit die afghanischen Sicherheitskräfte in der Lage sind, Gebiete, die unter der Kontrolle der Regierung sind, zu halten oder gegnerisches Gelände zurückzuerobern. Die Sicherheit für weite Teile der Bevölkerung ist nach wie vor gefährdet.» 14

Viele junge Afghanen haben das Gefühl, ihre Zukunft liege anderswo.

Dieser Trend hält schon seit Jahren an. Im Jahr 2010 hat eine Umfrage von drei Nachrichtenagenturen ergeben, dass sich nur etwa die Hälfte der Afghaninnen und Afghanen ausreichend vor den Taliban und anderen bewaffneten Gruppen geschützt fühlt – ein zum Vorjahr unveränderter Prozentsatz. ¹⁵ 2013 zeigte eine weitere Umfrage, dass die Mehrheit der Afghaninnen und Afghanen über ihre eigene Sicherheit und die ihrer Familie besorgt ist und dass sie bei Reisen innerhalb des Landes Angst verspürt. ¹⁶

Die Optionen der Zivilbevölkerung, die in umkämpften oder von Regierungsgegnern kontrollierten Gebieten lebt, sind begrenzt: bleiben und sich gefügig verhalten, in die von der Regierung kontrollierten städtischen Gebiete umsiedeln oder den Tod riskieren.

Weit verbreitete Ungerechtigkeit und Straflosigkeit

Die Unfähigkeit der afghanischen Regierung, ihre Bürgerinnen und Bürger vor Gesetzesverstößen zu schützen, verschärft die Unsicherheit der Menschen. Bei einer jüngst durchgeführten Studie des Liaison Office gab die Mehrheit der Befragten an, ihnen mache am meisten die Unfähigkeit der afghanischen Regierung zu schaffen, Rechtsstaatlichkeit und gleiches Recht für alle durchzusetzen sowie die Mächtigen, einschließlich der Staatsbeamten, für Machtmissbrauch zur Rechenschaft zu ziehen.¹⁷ Ein Teppichhändler aus Mazar-e Sharif brachte das, was viele denken, auf den Punkt: «Bestrafung droht nur denen, die keine Macht haben. Diejenigen, die Macht oder Verbindungen zu Mächtigen haben, werden belohnt, nicht bestraft.»¹⁸

Die Mehrheit der Befragten war auch der Ansicht, dass die Regierung die verfassungsmäßigen Rechte nicht achtet. Studien haben in der Tat belegt, dass insbesondere in ländlichen Gebieten 70 bis 80 Prozent der Konflikte informell gelöst werden, denn viele sind überzeugt, dass die offizielle Justiz sie nicht beschützt, sondern, im Gegenteil, ihre Rechte durch Erpressung verletzt.¹⁹ Die häufigsten Beschwerden: keine Strafverfolgung korrupter Beamte und Machthaber, kein juristischer Beistand für die Armen. Obgleich ein gewisser Fortschritt zu sehen ist, hält sich der afghanische Sicherheitsapparat angesichts bewaffneter Opposition oft zurück und ist entweder nicht willens oder nicht in der Lage, die Zivilbevölkerung zu schützen. Vor allem der afghanischen Polizei werden immer wieder - glaubhaft - Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.²⁰

Ein korrupter, auf den eigenen Vorteil bedachter Verwaltungsapparat

Korruption gilt als eines der zentralen Probleme Afghanistans, sogar noch vor Armut, externer Einmischung und schlechter Regierungsführung, so eine UN-Umfrage aus dem Jahr 2013 – ein Ergebnis, das von anderen Umfragen bestätigt wird.²¹ Der Skandal um die Kabul-Bank und die Unfähigkeit der Regierung, die Schuldigen zu bestrafen, hat die Stimmung im Land schwer belastet, insbesondere angesichts der schieren Ausmaße des Betrugs und der Verwicklung der Elite darin. Viele Menschen sehen die Regierung beherrscht von gierigen Machtmenschen, die nur in die eigene Tasche wirtschaften. Oder wie eine Lehrerin aus Herat es formulierte: «Sie sind mit ihrem Luxusleben beschäftigt und ignorieren uns völlig. Es gibt niemanden, der uns anhört.»²²

Stark schwankende Qualität der staatlichen Leistungen

Die Erbringung der grundlegenden staatlichen Leistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung oder Straßenbau hat zwar Fortschritte gemacht, ist aber in Bezug auf Qualität und Abdeckung noch sehr ungleichmäßig. Verbesserungen in Richtung Millenniums-Entwicklungsziele wurden realisiert, aber Afghanistan rangiert auf dem Human Development Index auf Platz 175 von 187 und weist in der Gruppe der am weitesten zurückgebliebenen Länder nach wie vor unterdurchschnittliche Entwicklungswerte auf.²³ Frauen sind häufig schlechter gestellt als ihre Ehemänner und Brüder: Der Gender Inequality Index, der die mangelnde Gleichstellung von Frauen bei der Gesundheitsversorgung, gesellschaftlicher Teilhabe und wirtschaftlicher Aktivität widerspiegelt, führt Afghanistan auf dem vorletzten Platz (147 von 148).²⁴ Viele Afghanen kritisieren die weitverbreitete Vettern- und Klientelwirtschaft und sind der Meinung, dass sie staatliche Leistungen nur erhalten, wenn sie entsprechende Kontakte haben.

Diejenigen, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder auf eine der immer zahlreicheren Privatschulen, oder sie versuchen, eines der begehrten Auslandsstipendien zu ergattern.

Bildung wird zwar häufig als afghanische Erfolgsgeschichte herangezogen, aber eine Studie des Agency Coordinating Body for Afghan Relief (ACBAR) aus dem Jahr 2011 kritisierte, dass der Fokus auf Quantität statt Qualität liege. ²⁵ Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler hat zwar zugenommen, die Lese- und Schreibfähigkeit jedoch nicht. So können manche Absolventen der 12. Klasse nicht richtig lesen und schreiben.

Die ACBAR-Studie und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) äußerten sich kritisch über die Qualität der Gesundheitsversorgung, wobei der Gesundheitszustand der afghanischen Bevölkerung laut WHO weltweit kaum noch unterboten werden kann. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung, so die WHO, sei eines der zentralen Probleme,²⁶ was beschämende Gesundheitsstatistiken zur Folge hat: Eines von zehn Kindern stirbt vor der Einschulung, und alle zwei Stunden stirbt eine Afghanin aufgrund von Komplikationen während der Schwangerschaft.²⁷

In den städtischen Gebieten Afghanistans hat sich der Zugang zu öffentlichen Versorgungsleistungen verbessert,²⁸ allerAfghanistan Jugend in unruhigen Zeiten

Jugend in unruhigen Zeiten Afghanistan 61

dings sind weder die Versorgung selbst noch die politischen Maßnahmen ausreichend, um die Herausforderungen der steigenden städtischen Armut, insbesondere bei der Nahrungsmittelversorgung, zu meistern.²⁹

Folglich ist die Mehrheit der Afghanen unzufrieden mit dem Verhältnis zwischen dem Aufwand und den Geldern, die seit 2001 in ihr Land geflossen sind, und den gebotenen Dienstleistungen. Viele vergleichen die Lage in ihrem Land mit dem, was

Drei von vier Afghanen waren irgendwann in ihrem Leben zur Migration gezwungen.

sie als Flüchtlinge im Ausland erlebt haben. Diejenigen, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder auf eine der immer zahlreicheren Privatschulen, oder sie versuchen, eines der begehrten Auslandsstipendien zu ergattern. Andere brauchen das Familienvermögen auf, um in Pakistan oder Indien oder auch im Westen medizinische Behandlungen durchführen zu lassen, die in Afghanistan nicht erhältlich sind.

Während die Bevölkerung rapide wächst, ist das Wirtschaftswachstum bestenfalls bescheiden. Die Auswirkungen der Gewalt im Land, insbesondere in Kabul, schüren Ängste und zerstören das Vertrauen der Verbraucher. Die Unsicherheit über die politische Zukunft des Landes verstärkt diesen Trend. Die Abhängigkeit Afghanistans von internationalen Hilfsgeldern - und einer illegalen Drogenökonomie - kann keine nachhaltige Zukunft schaffen. Mit dem Abzug der ausländischen Truppen wird auch ein Großteil der ausländischen Geldströme versiegen.

Das kürzlich veröffentlichte National Risk and Vulnerability Assessment bestätigte hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, insbesondere unter Frauen, Jugendlichen und in der ländlichen Bevölkerung. 81 Prozent der Beschäftigten verdingen sich in prekären Arbeitsverhältnissen - als Selbständige, Tagelöhner und unbezahlte Familienarbeiter (79 Prozent bei den Männern und 87 Prozent bei den Frauen). 30 Die Arbeit der Frauen konzentriert sich auf wenige Bereiche, insbesondere auf die Viehhaltung und Nahrungsmittelverarbeitung.

Spricht man mit jungen - und zunehmend besser gebildeten - Afghaninnen und Afghanen, wird die Angst vor der Zukunft überdeutlich. Fast acht von zehn Jugendlichen nennen Arbeitslosigkeit als eine ihrer größten Sorgen, gefolgt von Unterbeschäftigung. Die Optionen vieler junger Afghanen sind äußerst begrenzt: im Land bleiben, mit der Aussicht auf Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (anstatt sich den bewaffneten Pro- oder Anti-Regierungstruppen anzuschließen), ins Ausland gehen und dort (meist illegal) zu arbeiten oder irgendwie zu versuchen, in den Westen zu gelangen.

Faktoren, die die grenzüberschreitende Migration begünstigen

Der Strom der Rückkehrer ist nicht so beständig wie erhofft: Der UNHCR, der zunächst die Anzahl der Rückkehrer (mehr als fünf Millionen) als afghanische Erfolgsgeschichte gepriesen hatte, gibt heute offen zu, dass für viele, wenn nicht für die meisten, die Rückkehr nicht von Dauer war, da es

sich als schier unmöglich erwies, Wohnung und Arbeit zu finden. Ebenso wenig garantiert war die grundlegende Versorgung und die eigene Sicherheit. Viele der Rückkehrer leben zwar wieder in Afghanistan, können aber nicht an ihren ursprünglichen Heimatort zurück, oder sie haben das Land auf der Suche nach Arbeit, Sicherheit, einer grundlegenden Gesundheitsversorgung oder Bildung wieder verlassen. Das heißt, das Problem «Migration» existiert weiter, und nachhaltige Lösungen sind immer schwieriger zu finden.

Afghanistan sieht sich heute mit der klassischen Gemengelage der am wenigsten entwickelten Länder konfrontiert: chronische Unterentwicklung, eine schwache Wirtschaft, schnelles Bevölkerungswachstum31 und rapide Urbanisierung (so schnell, dass die Erbringung von öffentlichen Leistungen nicht Schritt halten kann). Die Unter-25-Jährigen machen fast zwei Drittel der afghanischen Bevölkerung aus, die auf ca. 30 Millionen Menschen geschätzt wird.³² Der Wettbewerb um Ressourcen wie Grund und Boden, öffentliche Versorgungsleistungen und Arbeitsplätze verschärft sich in einem Land, das größte Schwierigkeiten hat, seine Bevölkerung zu ernähren und auszubilden. Es bedarf keiner fortgeschrittenen Rechenkünste, um zu erkennen, dass mit der Zahl der Menschen potenziell die Migrationsströme anschwellen werden.

In Afghanistan werden die Jungen (und die Frauen) traditionell aus allen wichtigen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, denn die Macht liegt in den Händen der älteren männlichen Elite. Der 2013 formulierte Entwurf einer afghanischen nationalen Jugendpolitik (Afghan National Youth Policy - ANYP) definierte «Jugendlicher» im afghanischen Kontext als eine Person zwischen 18 und 30 Jahren.33 Für junge Erwachsene kann das bedeuten, dass sie bis zu einem Alter aus der Erwachsenenwelt ausgeschlossen sind, in dem Gleichaltrige in anderen Ländern bereits erfolgreich im Berufsleben stehen.

Manche Analysten vertreten die Meinung, eine Gesellschaft, die ihre jungen Generationen nicht integrieren kann, sei stärker konfliktgefährdet als andere. Sowohl unter den militanten Regierungsgegnern als auch im afghanischen Militär sinkt das Durchschnittsalter. Nur wenige Selbstmordattentäter sind älter als 20 Jahre.34

Die Migrationserfahrung und eine weitverbreitete Diaspora machen es für Afghanen einfacher, die Optionen abzuwägen. Es ist nicht das erste Mal in der jüngeren Geschichte des Landes, dass die Menschen zur Migration getrieben werden. Im Gegenteil: Das war die Norm. Drei von vier Afghanen waren irgendwann in ihrem Leben zur Migration gezwungen.³⁵ Die meisten Afghanen sind mit diesen Gedanken vertraut, und viele spüren nicht mehr jene enge Verbindung zu ihrem Land und ihrem Leben in der Heimat, die sie früher gehalten hätten.

Durch die vielen Migrationen leben Familien häufig über mehrere Länder verstreut, was wiederum die Zahl der potenziellen Zielorte erhöht. Anders als im Iran und in Pakistan haben diejenigen, die sich weiter weg niedergelassen haben, oft die Staatsbürgerschaft ihres Ziellandes angenommen. Familienzusammenführungen und Ehen zwischen Afghanen aus der Heimat und afghanischen Emigranten kommen vor und werden in Zukunft wahrscheinlich noch zunehmen. Sie sind ein Ticket nach draußen, das ohne langwierige und mögli-

Familienzusammenführungen und Ehen sind ein Ticket nach draußen, das ohne langwierige und möglicherweise erfolglose Asylanträge erworben werden kann.

cherweise erfolglose Asylanträge erworben werden kann. Die Migrationsforschung hat auch gezeigt, dass die Diaspora die Hemmschwelle der grenzüberschreitenden Migration senkt, da bereits Migrationswege und Unterstützungsnetzwerke bestehen.

Neue Migrationswege

Wenn man weiß, wohin die Menschen voraussichtlich emigrieren, kann Hilfe gezielter bereitgestellt werden. Da die klassischen Exit-Optionen Iran und Pakistan zunehmend schwieriger zu erreichen sind (Pakistan ist unsicher und der Exilanten überdrüssig, Iran ist ihrer einfach nur überdrüssig) und neue Optionen sich nur mit Geld oder Bildung eröffnen, wird es voraussichtlich verstärkt zur Binnenmigration kommen.

Der Run auf die afghanischen Städte

Kabul gilt als eine der am schnellsten wachsenden Städte der Region.³⁶ Im Laufe der vergangenen sechs Jahre hat sich die Einwohnerzahl verdreifacht und beträgt heute über fünf Millionen. Aber auch andere Städte wachsen rasch. Schätzungen der

Behörden zufolge lebt die Mehrheit der Bevölkerung in Kabul und den anderen größeren Städten in behelfsmäßigen Behausungen. In den städtischen Gebieten gibt es besonders viele junge Leute zwischen 15 und 24 Jahren, was den Schluss zulässt, dass es die Jungen eher in die Städte zieht, ganz gleich, wo ihre Familien leben.³⁷ Auch Familien, die Bildungsmöglichkeiten für ihre Töchter suchen, oder Frauen, die arbeiten möchten, ziehen die Städte den ländlichen Regionen vor.

Dubai, das neue Pakistan der afghanischen Elite

Viele Mitglieder der alten und der neuen Eliten Afghanistans und der aufstrebenden Mittelschicht besorgen sich Aufenthaltsgenehmigungen für Dubai. Der neueste Trend ist es, die Familie nach Dubai umzusiedeln, während der meist männliche Ernährer der Familie nach Afghanistan zurückkehrt. So hat man ein Ausweichquartier, falls die Zeiten schlechter werden.

Indien

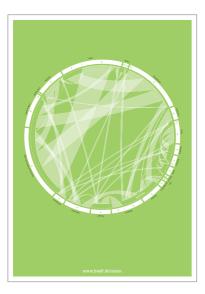
Der neue begehrte Nachbar der jungen Afghanen ist Indien, nicht nur wegen der vielfältigen Bildungsmöglichkeiten, sondern auch - sofern es das Budget zulässt zur Gesundheitsversorgung. Ein Studium im Ausland lockt Frauen wie Männer, doch die Mehrzahl sind Männer.

Der Westen

Es sind meist unbegleitete Minderjährige (unter 18 Jahren), die den kostspieligen und gefährlichen Weg mit Schleusern in den Westen wagen; die Glücklicheren sind im Besitz eines Heiratsvisums. Wie bereits erwähnt, erleichtern bestehende Diaspora-Netzwerke die legale Einwanderung durch Heirat, sowohl für Männer als auch für Frauen. Die illegale Route ist jedoch nach wie vor populär, insbesondere unter den jungen Männern. Sie ist zwar teuer, aber wenn eine Familie zusammenlegt, um einem der jungen Männer die Chance zu geben, sich in den Westen durchzuschlagen, hofft man natürlich darauf, dass ihm andere leicht folgen können. In diesem einen Punkt ist es von Vorteil, jung und männlich zu sein.

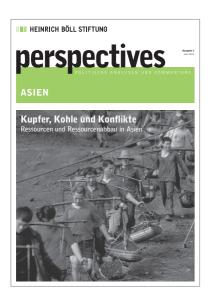
- http://www.unocha.org/afghanistan. UNHCR Afghanistan, «Conflict-Induced Internal Displacement - Monthly Update.» März 2014; http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/ $resources/Monthlypercent20IDP percent20 report_$ Mar 2014.pdf
- (1) Internal Displacement Monitoring Centre, Dezember 2013
- (2) Internal Displacement Monitoring Centre (2013): Global Overview 2012: People internally displaced by conflict and violence (Genf: IDMC, April 2013): http://www.internal-displacement.org/globaloverview/pdf; S. 62
- United Nations High Commissioner for Refugees: Asylum Trends 2013: Level and Trends in Industrialized Countries; Genf: UNHCR, 2013; http://unhcr.org.au/unhcr/images/ Asylumper cent 20 Trendsper cent 20 20 13. pdf
- «Insecurity driving Afghan child migration»; IRIN News, Integrated Regional Information Network, 19. August 2013; http://www.irinnews.org/report/98602/ insecurity-driving-afghan-child-migration
- ⁵ Najafizada, Eltaf: «Afghans Start to Take the Money and Run»; Bloomberg Businessweek, 12. Juli 2012; http://www.businessweek.com/articles/2012-07-12/afghans-start-to-take-the-money-and-run
- UNESCO Institute for Statistics (UIS): «Students from a given country studying abroad (outbound mobile students)»; United Nations Statistics Division (2014) http://data.un.org/Data.aspx?d=UNESCO&f= seriespercent3AED_FSOABS
- Koser, Khalid: Transition, Crisis and Mobility in Afghanistan: Rhetoric and Reality; Kabul: International Organization for Migration, Januar 2014; http://www.iom.int/files/live/sites/iom/files/ Country/docs/Transition-Crisis-and-Mobilityin-Afghanistan-2014.pdf
- Mogelson, Luke. «The Dream Boat», New York Times Magazine, 15. November 2013; http://www.nytimes.com/2013/11/17/magazine/ the-impossible-refugee-boat-lift-to-christmasisland.html?pagewanted=all& r=0
- 9 National Risk and Vulnerability Assessment 2011-12. Afghanistan Living Condition Survey; S. 9-13
- 10 Afghanistan Annual Report 2013 on the <Protection of Civilians in Armed Conflict>; Kabul: UNAMA, 2014
- 11 Integrated Regional Information Networks News, 2. April 2014
- 12 Afghanistan Mid-Year Report 2014 on the Kabul: UNAMA, 2014
- ¹³ Afghanistan Mid-Year Report 2014 on the <Protection of Civilians in Armed Conflict>; Kabul: UNAMA, 2014
- 14 Human Rights Watch: World Report 2014 -Afghanistan, 21. Januar 2014; http://www.ecoi.net/local_link/267709/ 382014 en.html
- 15 Afghanistan Where Things Stand, ABC NEWS / BBC / ARD POLL, 11. Januar 2010, S. 7
- 16 The Asia Foundation, Afghanistan In 2013: A Survey of the Afghan People; http://asiafoundation.org/country/afghanistan/ 2013-poll.php
- 17 Unveröffentlichte Studie zur Legitimität des Staats, Kabul: The Liaison Office, April 2014

- 18 Teppichhändler/Ladenbesitzer, Mazar-e Sharif, 28. März 2014.
- 19 Susanne Schmeidl (2011): «Engaging traditional iustice mechanisms in Afghanistan: State-building opportunity or dangerous liaison?» S. 149-172 in Whit Mason (Hrsg.): The Rule of Law in Afghanistan: Missing in Inaction. Cambridge University Press.
- 20 Afghanistan Annual Report 2013 on the <Protection of Civilians in Armed Conflict>; Kabul: UNAMA, 2014
- ²¹ Corruption in Afghanistan: Recent Patterns and Trends – Summary Findings, Dezember 2012, United Nations Office on Drugs and Crime and Islamic Republic of Afghanistan High Office of Oversight and Anti-Corruption, S. 3
- ²² Lehrerin, Herat City, 10, März 2014
- ²³ Afghanistan Country Profile, Human Development Report 2013; The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World; http://hdr.undp.org/ sites/default/files/Country-Profiles/AFG.pdf
- ²⁵ Health and Education in Afghanistan: 10 Years After - Quantity Not Quality; ACBAR Policy Series | November 2011; http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/ resources/10010547981111.pdf
- 26 http://www.who.int/hac/donorinfo/afg/ en/index1.html
- 27 Mid-Year Review of Common Humanitarian Action Plan for Afghanistan 2013, Un OCHA, Juni 2013; https://docs.unocha.org/sites/dms/CAP/ 2013 Afghanistan CHAP.pdf
- ²⁸ National Risk and Vulnerability Assessment 2011-12. Afghanistan Living Condition Survey,
- ²⁹ Research Study on IDPs in urban settings -Afghanistan 2011, Susanne Schmeidl, Alexander D. Mundt und Nick Miszak, 2010, Beyond the Blanket: Towards more Effective Protection for Internally Displaced Persons in Southern Afghanistan, a Joint Report of the Brookings / Bern Project on Interna Displacement and The Liaison Office
- 30 National Risk and Vulnerability Assessment 2011-12. Afghanistan Living Condition Survey,
- 31 UNFPA: State of the World Population 2013, http://www.unfpa.org/webday/site/ global/shared/swp2013/EN-SW0P2013-final.pdf
- 32 National Risk and Vulnerability Assessment 2011-12. Afghanistan Living Condition Survey,
- 33 Ibid
- 34 Mehr unter: http://www.thenational.ae/world/ central-asia/voices-on-afghanistan-youth-arebeing-left-out-of-the-national-debate#ixzz30rljqtCe
- 35 International Committee of the Red Cross, 2009, Our World: Views from Afghanistan, Opinion Survey; http://www.icrc.org/Web/eng/siteeng0.nsf/ htmlall/views-from-field-report-240609/\$File/ Our-World-Views-from-Afghanistan-I-ICRC.pdf.
- 36 Joe Beall und Daniel Esser, 2005, «Shaping Urban Futures: Challenges to Governing and Managing Afghan Cities.», Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit; S. 11
- 37 National Risk and Vulnerability Assessment 2011-12. Afghanistan Living Condition Survey,



Die zirkuläre Grafik auf der Umschlagseite zeigt Migration zwischen asiatischen Ländern in den Jahren 2005 bis 2010. Die Breite der Ströme zeigt deren Größe in 100000 Migranten an. Es werden nur Ströme mit einer Mindestgröße von 19000 Migranten dargestellt. Die Länge der Kreissegmente entspricht dem gesamten Wanderungsvolumen eines Landes (Zu- und Abwanderung). Die hier visualisierten Migrationsströme sind in der Fachzeitschrift «Science» veröffentlichte Schätzungen. die auf Basis von Bestandsdaten der Vereinten Nationen erstellt wurden.

Grafik: überarbeitete Fassung einer Grafik von Nikola Sander. Datenquelle: «Quantifying Global International Migration Flows,» von Guy J. Abel und Nikola Sander, In: «Science», Vol. 343; 28. März 2014.





Perspectives Asien erscheint ein- bis zweimal jährlich und wird vom Asienreferat der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. in enger Kooperation mit den Asienbüros der Stiftung realisiert. Mit dieser Publikation werden asiatische Analysen und Debatten zu globalen Herausforderungen sowie spezifischen Entwicklungen im asiatischen Raum in deutscher und englischer Sprache zugänglich gemacht.

Büro Bangkok

Büro Islamabad

Büro Neu-Delhi

Impressum

Herausgeberin Erscheinungsdatum Januar 2015

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Redaktion Ella Soesanto, Stefan Schaaf

Mitarbeit Katrin Altmeyer, Caroline Bertram, Inka Bosch, Rainer Einzenberger, Manfred Hornung, Clemens Kunze

Übersetzung Annette Bus (Englisch-Deutsch), Ingrid Fischer-Schreiber (Chinesisch-Deutsch) Layout/Satz h neun Berlin Druck

Druckerei Arnold, Großbeeren

Climate Partner °

Klimaneutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier



Die in den Artikeln vertretenen Meinungen sind die der Autoren und nicht notwendigerweise die der Heinrich-Böll-Stiftung. Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

Alle Illustrationen mit freundlicher Genehmigung von Prum Vannak.

